

Arbeitskreis Konjunktur des IWH

Article

Konjunktur aktuell: Neue Infektionswelle unterbricht wirtschaftliche Erholung

Konjunktur aktuell

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Arbeitskreis Konjunktur des IWH (2021) : Konjunktur aktuell: Neue Infektionswelle unterbricht wirtschaftliche Erholung, Konjunktur aktuell, ISSN 2195-8319, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 9, Iss. 1, pp. 2-29

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/232931>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Konjunktur aktuell

1/2021

11. März 2021, 9. Jahrgang

Arbeitskreis Konjunktur des IWH **s. 02**

Neue Infektionswelle unterbricht wirtschaftliche Erholung

Die globale Produktion hat nach dem dramatischen Einbruch vom vergangenen Frühjahr wieder deutlich zugelegt. Vor allem Ostasien erholt sich rasch, während das BIP im Euroraum zuletzt zurückging. Von Seiten der Wirtschaftspolitik sind die Bedingungen für eine Erholung der Weltwirtschaft insgesamt günstig. In Deutschland dürfte mit fortschreitender Impfkampagne und schrittweiser Aufhebung der Beschränkungen eine Normalisierung des Konsumverhaltens privater Haushalte die Konjunktur beflügeln. Im Jahr 2021 wird das BIP um 3,7% zunehmen, nach einem Rückgang um 4,9% im Jahr 2020. In Ostdeutschland fällt sowohl der Rückgang als auch der Wiederanstieg deutlich geringer aus.

Konjunktur aktuell: Neue Infektionswelle unterbricht wirtschaftliche Erholung

Arbeitskreis Konjunktur des IWH*

Zusammenfassung

Die globale Produktion hat nach dem Einbruch vom vergangenen Frühjahr wieder deutlich zugelegt. Rasch ist die Erholung vor allem in Ostasien in Gang gekommen, wo die Pandemie seit längerem weitgehend unter Kontrolle ist. Als Folge einer neuen Infektionswelle ist dagegen im Euroraum das Bruttoinlandsprodukt im Schlussquartal 2020 erneut leicht zurückgegangen. Allerdings geben die anlaufenden Impfkampagnen Hoffnung, dass die Pandemie im Lauf des Jahres ihren Schrecken verliert. Auch deshalb sind die Rohstoffpreise zuletzt steil angestiegen. Von Seiten der Wirtschaftspolitik sind die Bedingungen für eine rasche Erholung der Weltwirtschaft gut. Die besonders expansive Finanzpolitik in den USA hat zuletzt sogar zu Inflationssorgen geführt. Wenn die Restriktionen wirtschaftlicher Aktivitäten in den einzelnen Weltregionen nach und nach aufgehoben werden, ist mit einem globalen Konsumschub zu rechnen.

In Deutschland ist aufgrund des Lockdowns die Wertschöpfung im Dienstleistungsbereich Ende 2020 gesunken, in der Industrie und am Bau nahm sie dagegen deutlich zu. Ein Großteil der personennahen Dienstleistungen unterliegt trotz der Anfang März beschlossenen Lockerungen weiterhin Beschränkungen. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im ersten Quartal 2021 deutlich zurückgehen. Darüber hinaus sind die Aussichten aber günstig, denn mit Fortschreiten der Impfkampagne ist damit zu rechnen, dass die Lockdown-Maßnahmen Schritt für Schritt aufgehoben werden. Für eine rasche Erholung der Nachfrage spricht, dass die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, auch dank staatlicher Stützungsmaßnahmen wie dem Kurzarbeitergeld, insgesamt stabil geblieben sind. Das exportorientierte Verarbeitende Gewerbe profitiert weiter von der Erholung der Weltwirtschaft. Allerdings werden die Unternehmen ihre Investitionen zunächst nur vorsichtig ausweiten. Die Kapazitäten sind im Prognosezeitraum noch unterausgelastet, zudem wächst das Produktionspotenzial langsamer als zuvor. Das Hauptrisiko für die Konjunktur in Deutschland wie überall auf der Welt liegt in der Ungewissheit darüber, wie schnell das Pandemiegeschehen durch die Impfkampagnen eingedämmt werden kann.

Tabelle

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2019 bis 2022

	2019	2020	2021	2022
Veränderung des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahr in %				
Deutschland	0,6	-4,9	3,7	3,6
darunter: Ostdeutschland ^a	1,3	-3,2	2,9	2,7
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Arbeitsvolumen	0,6	-4,7	1,4	2,2
Tariflöhne je Stunde	3,2	2,1	1,0	2,0
Effektivlöhne je Stunde	3,1	3,4	1,0	1,6
Lohnstückkosten ^b	3,2	4,2	-0,9	0,2
Verbraucherpreisindex	1,4	0,5	1,9	1,6
in 1 000 Personen				
Erwerbstätige (Inland)	45 269	44 782	44 977	45 564
Arbeitslose ^c	2 267	2 695	2 591	2 279
in %				
Arbeitslosenquote ^d	5,0	5,9	5,6	4,9
darunter: Ostdeutschland ^a	6,4	7,3	7,0	6,3
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Finanzierungssaldo des Staates	1,5	-4,2	-4,4	-1,7
Leistungsbilanzsaldo	7,1	7,1	7,7	6,4

^a Ostdeutschland einschließlich Berlin. – ^b Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^c Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – ^d Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

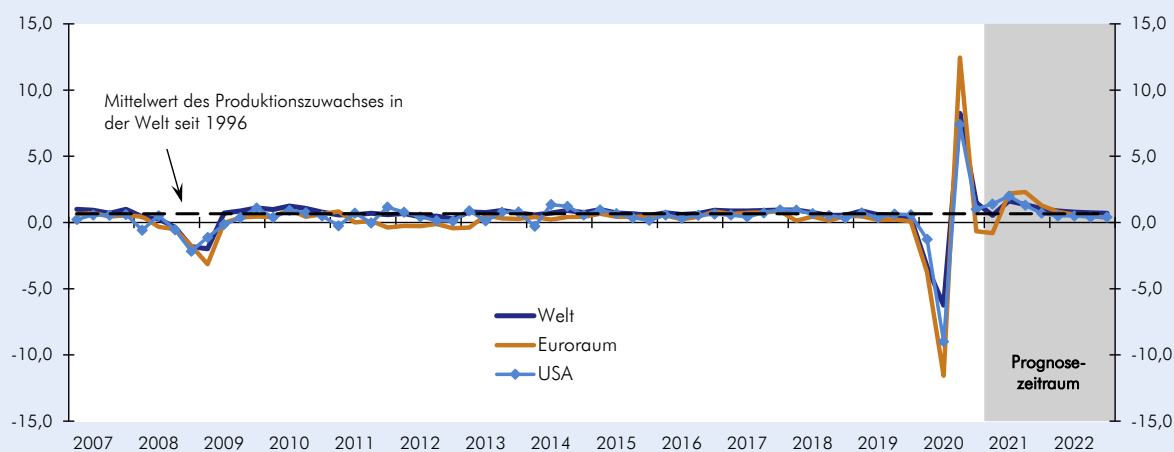
Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2021: Prognose des IWH (Stand: 11.03.2021).

* Brautzsch, Hans-Ulrich; Claudio, João Carlos; Drygalla, Andrej; Exß, Franziska; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Kämpfe, Martina; Lindner, Axel; Müller, Isabella; Schultz, Birgit; Staffa, Ruben; Wieschemeyer, Matthias; Zeddies, Götz.

Außerhalb Europas erholt sich die Wirtschaft im Frühjahr kräftig

Seit einem Jahr steht die Weltwirtschaft im Bann der Corona-Pandemie. Nach dem dramatischen Einbruch vom vergangenen Frühjahr hat die **globale Produktion** aber wieder deutlich zugelegt (vgl. Abbildung 1), sprunghaft im dritten Quartal und mit einem weiteren großen Schritt im vierten. Rasch ist die Erholung vor allem in Ostasien in Gang gekommen, wo die Pandemie seit Längerem weitgehend unter Kontrolle ist. Die chinesische Produktion ist schon auf ihren alten Wachstumstrend zurückgekehrt, in anderen ostasiatischen Ländern wie Japan und Korea liegt sie nur noch wenig mehr als 1% unter dem Niveau von vor dem Ausbruch der Krankheit im vierten Quartal 2019. Bis zum Produktionsniveau von vor einem Jahr fehlen etwa 2½% in den USA, aber 5% im Euroraum, wo das Bruttoinlandsprodukt im Schlussquartal erneut (um 0,7%) zurückgegangen ist, weil im Herbst 2020 eine **zweite Infektionswelle** die Regierungen veranlasste, viele kontaktintensive Aktivitäten zu untersagen und die Menschen erneut dazu brachte, Ladeneinkäufe oder Reisen einzuschränken. Besonders heftig ist die Pandemie seit dem Herbst in den Visegrád-Ländern (Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn, vgl. Abbildung 2). Eine zweite Infektionswelle gab es auch in den USA. Daten zur Personenmobilität deuten aber darauf hin, dass die Menschen ihre Aktivitäten dort deutlich weniger reduzierten als in Europa. Weltweit haben die Infektions- und Opferzahlen ihren bisherigen Höhepunkt Ende Januar überschritten. Zudem geben die seit Ende 2020 anlaufenden Impfkampagnen Hoffnung, dass die Pandemie im Lauf des Jahres ihren Schrecken verliert: in Großbritannien und in den USA wohl schon im zweiten Quartal, in der Europäischen Union im Sommer, in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern wohl noch später. Zunächst droht allerdings von besonders ansteckenden Mutationen ein erneutes Anschwellen des Infektionsgeschehens. Insbesondere in einigen europäischen Ländern sind die Infektionszahlen im Februar wieder gestiegen. Schließlich besteht das Risiko, dass das Virus weitere Mutationen entwickeln könnte, gegen die die derzeitigen Impfstoffe wenig bewirken.

Abbildung 1
Bruttoinlandsprodukt der Welt, der USA und des Euroraums
Vierteljährliche Zuwachsraten in %

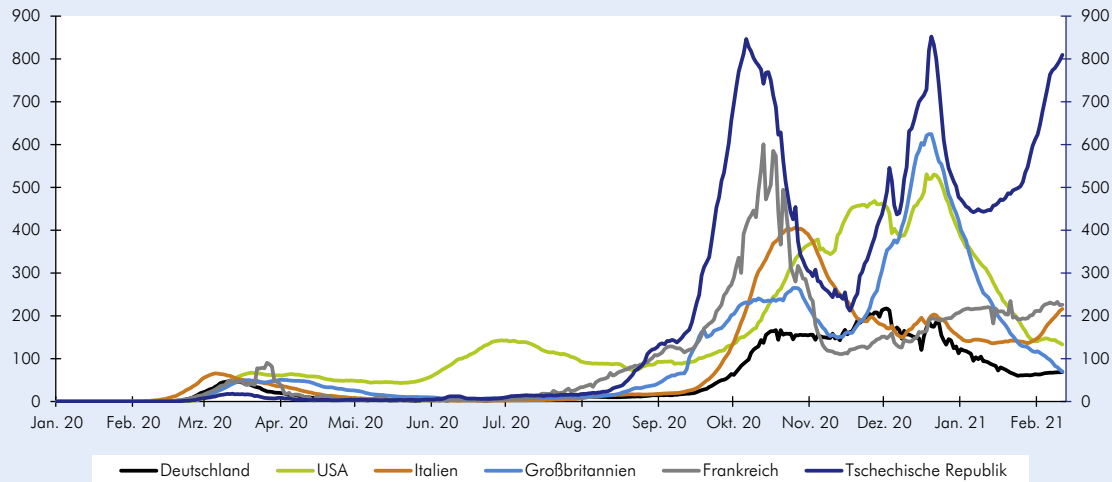


Quellen: OECD; IWF; Eurostat; nationale Statistikämter; 2021 und 2022: Schätzung und Prognose des IWH.

Freilich sind auch da, wo es im vergangenen Winterhalbjahr zu einer zweiten Welle gekommen ist, die wirtschaftlichen Schäden viel geringer als im Frühjahr 2020. Die Einbrüche betreffen im Großen und Ganzen nur **Dienstleistungen**, welche Nähe zu den Kunden erfordern, also etwa den Tourismus. Wohl auch weil Konsumenten und Unternehmen mit mehr Warenkäufen auf die Einschränkungen bei den Dienstleistungen reagieren, hat sich die **Industrie** überall weiter erholt und produziert mittlerweile (nach Daten des niederländischen CPB-Instituts) über Vorjahresstand. Von der hohen Nachfrage profitieren besonders ostasiatische Anbieter. Engpässe bei der Lieferung von Vorleistungsgütern, etwa von Halbleitern, sind mittlerweile ein ernstes Problem für Produzenten des Verarbeitenden Gewerbes, etwa in der Automobilindustrie. Überausgelastet sind auch die Kapazitäten für den von Ostasien ausgehenden Seetransport. Frachtraten lagen im Februar gemessen

am Harpex-Index 70% über Vorjahresniveau.¹ Die Rohstoffpreise sind zuletzt steil angestiegen: Kupfer und Eisenerz kosten gegenwärtig (Anfang März) über 50% mehr als vor Ausbruch der Pandemie Anfang vergangenen Jahres, und der Ölpreis hat mit etwa 70 US-Dollar (Brent) ungefähr wieder sein Niveau von vor Ausbruch der Pandemie erreicht. Die Preissteigerungen für Rohstoffe und Vorleistungsgüter werden im Lauf des Jahres weltweit deutlich auf die zurzeit noch niedrigen Raten der Verbraucherpreisinflation (USA: 1,4%, Euroraum und Großbritannien 0,9% im Januar) durchschlagen.

Abbildung 2
Neuinfektionen gegenüber dem Stand von vor einer Woche je 100 000 Einwohner



Quellen: Johns Hopkins University; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Der Rohstoffpreisanstieg ist aber nicht nur auf die gegenwärtig hohe Nachfrage nach Industriegütern zurückzuführen. Rohstoffe sind auch Objekte der Vermögensanlage, und ihr Anstieg ist deshalb auch Teil des gegenwärtigen **Vermögenspreisbooms**. Stiegen Häuserpreise in den USA Anfang vergangenen Jahres noch mit etwa 3% per annum, hat sich die Rate (gemäß dem Case-Shiller-Index) bis November auf 9% erhöht.² Aktien sind in den USA derzeit (Ende Februar gemessen am S&P500) knapp 20% mehr wert als vor Ausbruch der Pandemie, in Japan (Nikkei) um 25%, in China (Shanghai A Share) um 17%. Im Euroraum (Euro Stoxx 50) ist die Bewertung noch um etwa 1,5% tiefer, aber auch dort haben die Kurse gegenüber ihrem Tal im März und im April um 25% zugelegt. Ein wesentlicher Grund für diese hohe Preisdynamik sind die niedrigen Kapitalmarktzinssätze, welche nicht zuletzt von der weltweit ausgesprochen expansiven Ausrichtung der Geldpolitik induziert sind. Seit verganginem Frühjahr liegen die Leitzinsen in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften um 0%, und die Zentralbanken haben signalisiert, dass sie die Zinsen längere Zeit auf diesem Niveau belassen wollen. So will die US-Notenbank gemäß ihrer neuen geldpolitischen Strategie künftige Inflationsraten, die über der Zielmarke von 2% liegen, eine Zeit lang tolerieren, weil die Preissteigerungen gegenwärtig schon längere Zeit daruntergelegen haben. Nicht zuletzt infolge dieser *forward guidance* blieben die Kapitalmarkrenditen in den USA trotz konjunktureller Erholung lange außerordentlich niedrig. Im Lauf des Februars sind die Renditen aber gestiegen, für Staatstitel mit zehnjähriger Laufzeit von etwa 1% auf 1½%. Ende Februar gaben auch die Aktienkurse in den USA etwas nach.

Die dahinterstehende deutliche Korrektur der Inflationserwartungen nach oben ist wohl vor allem eine Reaktion auf die **finanzpolitischen Pläne** der neuen US-Regierung: Sie enthalten für das Jahr 2021 zusätzlich zu dem noch im vergangenen Jahr beschlossenen Maßnahmenpaket in Höhe von reichlich 3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt weitere Impulse in Höhe von 6%, zu einem großen Teil in Form von Einmalzahlungen an Personen. Die Mehrheitsverhältnisse im Kongress machen es wahrscheinlich, dass das Programm noch im März Gesetzeskraft erhalten wird. Damit dürfte der Expansionsgrad der US-Finanzpolitik im Jahr 2021 in etwa

¹ Der Harpex ist ein Index, der anhand von Containerschiffahrtsraten über verschiedene Schiffsklassen hinweg erstellt wird. Er dient als Maß für die weltweite Schifffahrtsaktivität. Vgl. <https://harpex.harperpetersen.com/harpexVP.do>.

² Im Euroraum liegt der Anstieg der Häuserpreise mit knapp 5% (laut Eurostat) schon seit drei Jahren deutlich über dem Trend des nominalen Produktionswachstums.

so hoch sein wie im Vorjahr. Auch weltweit stützt die Finanzpolitik die Wirtschaft weiter massiv, wobei allerdings zumeist, etwa im Euroraum, die Summe aus öffentlichen Mehrausgaben und Abgabensenkungen geringer ausfällt als im Jahr 2020.

Vonseiten der Wirtschaftspolitik sind also die Bedingungen für eine **rasche Erholung der Weltwirtschaft im Jahr 2021** gut. Auch ist es wahrscheinlich, dass die Pandemie durch die Impfkampagnen weiter zurückgedrängt werden kann. Wenn die Restriktionen wirtschaftlicher Aktivitäten im Lauf des Jahres aufgehoben werden und sich das Leben normalisiert, ist vor allem mit einem globalen Konsumschub zu rechnen. Während der Pandemie haben sich nämlich die privaten Haushalte mit Konsumausgaben zurückgehalten, während die verfügbaren Einkommen aufgrund staatlicher Stützungsmaßnahmen in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften recht stabil geblieben sind. Private Investitionen dürften von der hohen Dynamik im Verarbeitenden Gewerbe angestoßen werden, insbesondere dort, wo es gegenwärtig zu Produktionsengpässen kommt. Zögerlicher dürften sich dagegen Wirtschaftszweige wie die Gastronomie und das Reisegewerbe erholen.

Kasten 1

Annahmen und Prognosen bezüglich der Rahmenbedingungen

Der vorliegenden Prognose liegen folgende Annahmen und Prognosen zugrunde: Der Preis für Öl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des Jahres 2021 bei 63 US-Dollar pro Barrel und im Jahr 2022 bei 65 US-Dollar. Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis Ende des Jahres 2022 bei 1,21 Dollar pro Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist im Prognosezeitraum in etwa so hoch wie Ende 2020. Der Welthandel mit Waren (CPB) legt im Jahr 2021 mit 7,5% sehr kräftig zu, im kommenden Jahr steigt er um 3,4%. Die Europäische Zentralbank (EZB) lässt ihren Einlagezinssatz im Prognosezeitraum bei -0,5% und sorgt darüber hinaus weiterhin mittels längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte und Anleihenkäufe, dass die monetären Rahmenbedingungen im Euroraum günstig bleiben.

Über den Fortgang der Pandemie wird unterstellt, dass die Zahlen der Infektionen nach einem nicht übermäßig starken Anstieg im März und im April im Lauf des zweiten Quartals zu sinken beginnen und Herbst auf sehr niedrigem Niveau bleiben. Der Lockdown wird beginnend mit dem zweiten Quartal immer weiter zurückgenommen.

Die Finanzpolitik bleibt im Jahr 2021 expansiv ausgerichtet. Allerdings schwächt sich der Expansionsgrad gegenüber dem Vorjahr, als zur Abmilderung der gesamtwirtschaftlichen Folgen der staatlichen Beschränkungen zur Eindämmung der Corona-Infektionen umfangreiche finanzpolitische Maßnahmen ergriffen wurden, ab. Stimulierend wirken im Jahr 2021 vor allem erneute direkte Zuschüsse an Unternehmen, etwa die Überbrückungshilfen und die Auszahlung der November- und Dezemberhilfen (vgl. Tabelle A13). Zur Stabilisierung der EEG-Umlage gewährt der Staat den Produzenten von Strom aus erneuerbaren Energien Subventionen. Bei den monetären Sozialleistungen führen die deutliche Anhebung des Kindergeldes, die Einführung der Grundrente sowie der zweite Kinderbonus zu staatlichen Mehrausgaben. Auf der Einnahmeseite sorgt im steuerlichen Bereich die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung, die Teilabschaffung des Solidaritätszuschlages sowie die weitere Verschiebung des Einkommensteuertarifs für Entlastung. Dämpfend wirken im laufenden Jahr, neben dem Auslaufen diverser Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, etwa der temporären Absenkung der Mehrwertsteuersätze oder der Zuweisungen an die Krankenhäuser, vor allem die Einführung der CO₂-Bepreisung in den Bereichen Wärme und Verkehr. Alles in allem beläuft sich der Impuls aus diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen auf ungefähr 50 Mrd. Euro bzw. 1,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (vgl. Tabelle A14).

Im Jahr 2022 schwenkt die Finanzpolitik auf einen sehr restriktiven Kurs ein. Zwar wirken eine weitere Verschiebung des Einkommensteuertarifs sowie investive Maßnahmen des Staates expansiv, das in dieser Prognose unterstellte Auslaufen der Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie führt jedoch zu deutlichen Minderausgaben des Staates. Zudem ist von einem spürbaren Anstieg des durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung auszugehen. Unter diesen Annahmen beläuft sich der restriktive finanzpolitische Effekt im Jahr 2022 auf 3,0% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Die einzelnen Weltregionen dürften sich zeitlich versetzt erholen: Für China deuten Frühindikatoren darauf hin, dass sich die Konjunktur schon wieder verlangsamt, in den anderen ostasiatischen Ländern dürfte die gegenwärtig recht hohe Dynamik im Frühsommer langsam abnehmen. Zu diesem Zeitpunkt dürften finanzpolitische Impulse und Erfolge der Impfkampagne für eine sehr kräftige Konjunktur in den USA sorgen. Pandemiebedingt liegt der Euroraum weiter zurück. Das gilt auch für Großbritannien, wo zudem der Außenhandel unter den Folgen des Brexit leidet. In beiden Regionen ist für das erste Quartal 2021 sogar mit erneuten Produktionsrückgängen zu rechnen. Erst im Sommerhalbjahr dürfte sich die Konjunktur in Europa wieder langsam normalisieren. Schließlich sind die wirtschaftlichen Aussichten in den meisten Schwellen- und Entwicklungsländern dadurch eingetrübt, dass der Großteil der Bevölkerung noch bis ins Jahr 2022 hinein nicht geimpft sein wird. Alles in allem steigt die Weltproduktion nach vorliegender Prognose im Jahr 2021 um 6,0%, nach einem Rückgang von 3,6% im Jahr 2020 (vgl. Tabelle A1). Der Welthandel mit Waren (CPB) legt im Jahr 2021 mit 7,5% sehr kräftig zu (vgl. Kasten 1).

Das zentrale **weltwirtschaftliche Risiko** besteht weiterhin im kaum vorhersehbaren Pandemiegeschehen. Es ist ungewiss, wie sehr besonders ansteckende Mutationen die Eindämmung der Krankheit erschweren werden, und ob die Impfstoffe gegen alle Virusvarianten gut wirksam sind. Auch besteht die Gefahr, dass die Impfbereitschaft in der Bevölkerung, etwa hierzulande, zu gering sein könnte, um Herdenimmunität zu erreichen.³ Impfkampagnen könnten mancherorts durch Organisationsmängel um einen raschen Erfolg gebracht werden. Darüber hinaus ist schwer abzuschätzen, welche Kosten des wirtschaftlichen Einbruchs in nächster Zeit noch anfallen werden. Hatte man zu Beginn der Pandemie hier vor allem an eine Welle von Unternehmensinsolvenzen gedacht, richtet sich das Augenmerk nun mehr und mehr auf die durch die Lockdowns verursachten Verluste an Humankapital, etwa wegen entfallener Ausbildungszeiten. Zudem bringen einige der drastischen wirtschaftspolitischen Eingriffe, auch wenn sie prinzipiell gerechtfertigt sind, ihre eigenen Risiken mit sich: Die Verschuldung von Unternehmen und vor allem von öffentlichen Haushalten ist im vergangenen Jahr überall auf der Welt deutlich gestiegen. Käme es als Folge der Kombination von stark expansiver Wirtschaftspolitik und rascher konjunktureller Erholung zu einem starken Anstieg der Inflationsraten in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, würden die Kapitalmarktzinsen wohl weltweit rasch steigen, was Staaten, nichtfinanzielle Unternehmen und Banken finanziell unter Druck setzen könnte.

Normalisierung der deutschen Wirtschaft erneut verschoben

Deutschland ist seit Dezember wieder in einem recht strengen **Lockdown**. Anfang März wurde beschlossen, ihn dort, wo Inzidenzen niedrig sind, zu lockern, ansonsten aber bis zum 28. März zu verlängern. Grund für die Verlängerung sind die seit Mitte Februar in der Tendenz wieder leicht steigenden Fallzahlen und Sorgen wegen der Ausbreitung einer besonders ansteckenden Coronavirus-Mutante. Dazu kommen aber auch ein schleppendes Anlaufen der Impfkampagne und das Fehlen eines systematischen Konzepts zum Einsatz von Corona-Schnelltests, etwa an Schulen. Für einen Großteil der personennahen Dienstleistungen bleibt die Produktion weiterhin untersagt oder eingeschränkt. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im ersten Quartal 2021 um 2,0% zurückgehen.

Der Lockdown hatte schon im **Schlussquartal 2020** der sprunghaften konjunkturellen Erholung von verganginem Sommer ein Ende gesetzt, vor allem, weil der private Konsum um über 3% zurückging. Dagegen nahmen die Exporte, begünstigt durch die weltwirtschaftliche Erholung, weiter deutlich zu (+4,5%). Auch die Investitionen in Bauten expandierten, während die Stagnation der Ausrüstungsinvestitionen zeigt, dass die Unsicherheit in den Unternehmen weiter hoch ist.

Insgesamt ging die Wertschöpfung leicht zurück, und nur aufgrund von höheren Gütersteuern stieg das Bruttoinlandsprodukt etwas (vgl. Tabelle A12). Ein Blick auf die einzelnen Wirtschaftszweige lässt erkennen, wie zwiegespalten die Konjunktur ist: Die Produktion ist mit Ausnahmen von Information und Kommunikation in

³ Laut einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Allensbach waren in Deutschland im Februar 70% der Befragten bereit, sich gegen das neuartige Corona-Virus impfen zu lassen, 14% lehnten dies ab. Noch im Januar wollten sich nur 63% impfen lassen (vgl. https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/FAZ_Januar2021_Impfen.pdf).

allen Dienstleistungsbereichen gesunken, um insgesamt 2,7%,⁴ in der Industrie und am Bau nahm sie dagegen um etwa 6% zu.

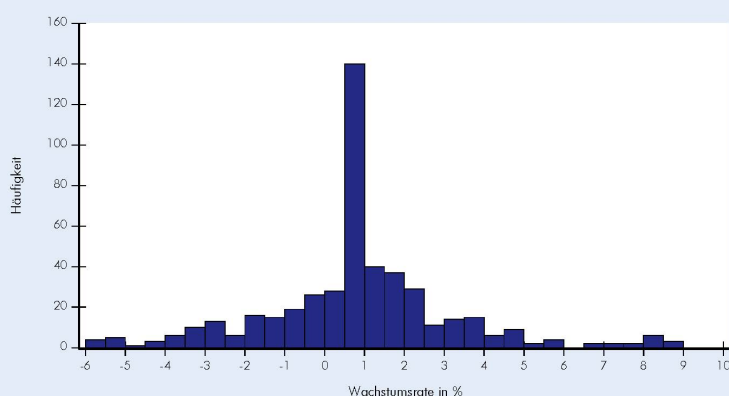
Die Lage auf dem **Arbeitsmarkt** ist trotz der zweiten Welle der Corona-Pandemie recht robust. Die Zahl der Erwerbstätigen lag im vierten Quartal um 21 000 Personen leicht über dem Stand des Vorquartals. Dabei stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 147 000 Personen bzw. 0,4%, während sich der Rückgang bei den Selbstständigen und den ausschließlich geringfügig Beschäftigten mit 53 000 (-1,3%) bzw. 42 000 (-1,0%) fortsetzte. Stabilisierend wirkte erneut die Kurzarbeit: So waren laut Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit im Dezember knapp 2,4 Mio. Personen in Kurzarbeit. Dies bedeutete einen Anstieg gegenüber Oktober 2021 um 378 000 Personen, der auf die Verschärfung des Lockdown zurückzuführen ist. Bei einem durchschnittlichen Arbeitsausfall von 51,4% entspricht der aktuelle Bestand an Kurzarbeit einem Beschäftigungsäquivalent (Vollzeit) von 1,2 Mio. Personen. Die Kurzarbeiterquote – dies ist der Anteil der Kurzarbeiter an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – betrug damit 7,1%. Schätzungen des ifo Instituts auf Basis von Unternehmensbefragungen zufolge ist die Zahl der konjunkturellen Kurzarbeiter bis Februar 2021 auf 2,8 Mio. Personen gestiegen, so dass die Kurzarbeiterquote bei 8,5% lag. Der erneute Anstieg der Kurzarbeit seit November 2020 trug maßgeblich zum kräftigen Rückgang des Arbeitsvolumens bei. Dieses lag im vierten Quartal 2020 um 2,0% unter dem Stand des Vorquartals. Die Ausweitung der Kurzarbeit trug dazu bei, einen weiteren Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit zu verhindern. Vielmehr lag die Arbeitslosigkeit im vierten Quartal um 86 000 Personen unter dem Stand des Vorquartals.

Auf staatliche Stützungsmaßnahmen wie das Kurzarbeitergeld ist es im Wesentlichen zurückzuführen, dass die **verfügbaren Einkommen** der privaten Haushalte insgesamt stabil geblieben sind: Im vierten Quartal waren sie real in etwa so hoch wie im Vorjahr. Der Rückgang des privaten Konsums hat die Sparquote der privaten Haushalte steigen lassen. Mit 15,7% lag sie über 5 Prozentpunkte höher als im Jahresschlussquartal üblich. Der Effekt des Lockdowns hat die Wirkung der Konsumanreize von Seiten der temporären Absenkung der Mehrwertsteuersätze vollständig überdeckt.

In der aufgestauten Konsumnachfrage liegt ein erhebliches Potenzial für die Binnennachfrage, das freigesetzt werden dürfte, wenn Erfolge der Impfkampagne zu weiteren Lockerungen führen. Dazu wird es nach vorliegender **Prognose** nicht auf einmal, sondern nach und nach kommen.

Abbildung 3
Wahrscheinlichkeitsverteilung für das erste Halbjahr 2021

Einzelindikatorprognosen für das erste und zweite Quartal 2021 für das Bruttoinlandsprodukt in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; IWH-Flash-Indikator vom 09.02.2021.

Die größten Schritte zur Normalisierung sind aber für das zweite Quartal zu erwarten. Auch der IWH-Flash-Indikator deutet darauf hin, dass die Produktion in der ersten Jahreshälfte 2021 wieder anzieht (vgl. Abbildung 3). Die exportorientierten Produzenten des Verarbeitenden Gewerbes werden weiter von der Erholung der Weltwirtschaft profitieren. Darauf deutet auch hin, dass der Index für die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe zuletzt (Januar) über seinem Niveau von vor dem Pandemieausbruch in Deutschland lag.⁵ Die Unternehmen werden ihre Investitionen

⁴ Besonders von den Restriktionen betroffen sind die Wirtschaftszweige Gastgewerbe, Reisebüros und -veranstalter, Kunst und Unterhaltung und sonstige überwiegend persönliche Dienstleistungen.

⁵ Die Exporte in den immer noch wichtigen Absatzmarkt Großbritannien dürften allerdings im ersten Halbjahr 2021 sehr schwach ausfallen, denn britische Kunden haben sich Ende letzten Jahres wegen eines möglichen Scheiterns der Brexit-Verhandlungen vorsorglich mit Waren aus der EU eingedeckt. Vor allem stellt sich aber derzeit heraus, dass auf Grundlage des an Weihnachten abgeschlossenen Vertrages der Handel zwischen den beiden Wirtschaftsräumen mit erheblichen nichttarifären Kosten belastet wird.

zunächst nur vorsichtig ausweiten, wenn absehbar ist, inwieweit die Pandemie die Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln verändert hat.

Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2021 um 3,7% steigen (vgl. Tabelle in der Zusammenfassung und Kasten 2) und im Jahr 2022 um 3,6% (vgl. Tabelle A7). Damit wird das wirtschaftliche Aktivitätsniveau von vor der Krise Ende 2021 wieder erreicht. Die Kapazitäten sind im Prognosezeitraum unterausgelastet, zudem wächst das Produktionspotenzial langsamer als zuvor (vgl. Kasten 3). Für das Jahr 2021 reicht das 68%-Prognoseintervall für den Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes von 2,5% bis 4,9% und für das Jahr 2022 von 1,6% bis 5,7% (vgl. Abbildung 4).⁶ Ab dem zweiten Quartal 2021 kommt es auch zu einem sich langsam verstärkenden Beschäftigungsaufbau. Im Durchschnitt des Jahres 2021 dürfte die Zahl der Erwerbstätigen um 195 000 Personen bzw. 0,4% über dem Vorjahresstand liegen. Im Jahr 2022

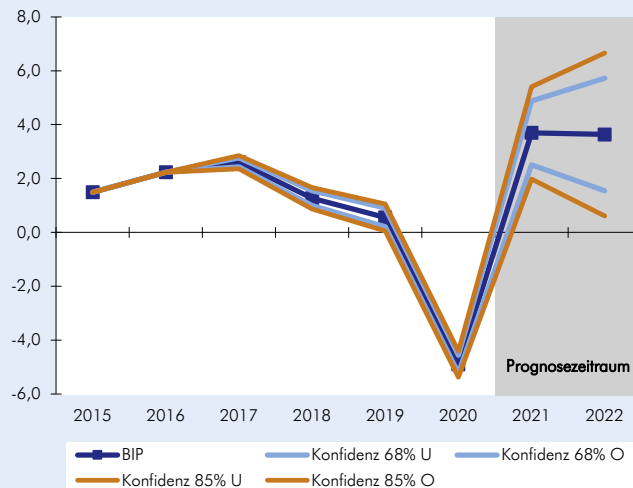
wird die Beschäftigung wohl um ca. 590 000 Personen bzw. 1,3% steigen. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird im Verlauf des Jahres 2021 weiter abnehmen. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahr 2021 5,6% und im Jahr darauf 4,9% betragen. Die Verbraucherpreise steigen im Jahr 2021 vor allem wegen des teureren Erdöls, der Rücknahme der temporären Mehrwertsteuersenkung, der Einführung des bundesweiten Emissionshandels zur CO₂-Bepreisung im Bereich Verkehr und Wärme im Rahmen des Klimapakets und der Erhöhung des Mindestlohns mit 1,9% deutlich schneller als in den Jahren zuvor.

Im Jahr 2020 belief sich das gesamtstaatliche Defizit der **öffentlichen Haushalte** infolge des konjunkturellen Einbruchs und der finanzpolitischen Maßnahmen zur Abmilderung der gesamtwirtschaftlichen Folgen der Pandemiepolitik auf knapp 140 Mrd. Euro bzw. 4,2% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Obgleich diverse steuerliche Maßnahmen zu Mindereinnahmen führen, legt das Steueraufkommen im laufenden Jahr mit der anziehenden Konjunktur dennoch zu. Hierzu trägt auch die Wiederanhebung der Umsatzsteuersätze zum 1. Januar 2021 bei. Die Beitragseinnahmen des Staates werden im Jahr 2021 wieder stärker zunehmen, auch weil zu Jahresbeginn viele gesetzliche Krankenversicherungen den Zusatzbeitrag angehoben haben. Die Ausgaben des Staates werden im laufenden Jahr, nach einem Anstieg von über 9% im Vorjahr, weiter zunehmen. So werden insbesondere die Ausgaben von Gebietskörperschaften und gesetzlichen Krankenversicherungen infolge der derzeit noch anhaltenden Corona-Pandemie nochmals zunehmen, und die geleisteten Subventionen, die sich im Vorjahr mehr als verdoppelt haben, werden mit den weiteren Hilfen an von der Pandemie betroffene Unternehmen hoch bleiben. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo dürfte sich im Jahr 2021 auf -4,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt belaufen und damit nahezu auf dem Niveau des Vorjahres verharren.

Abbildung 4

Prognoseunsicherheit¹

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



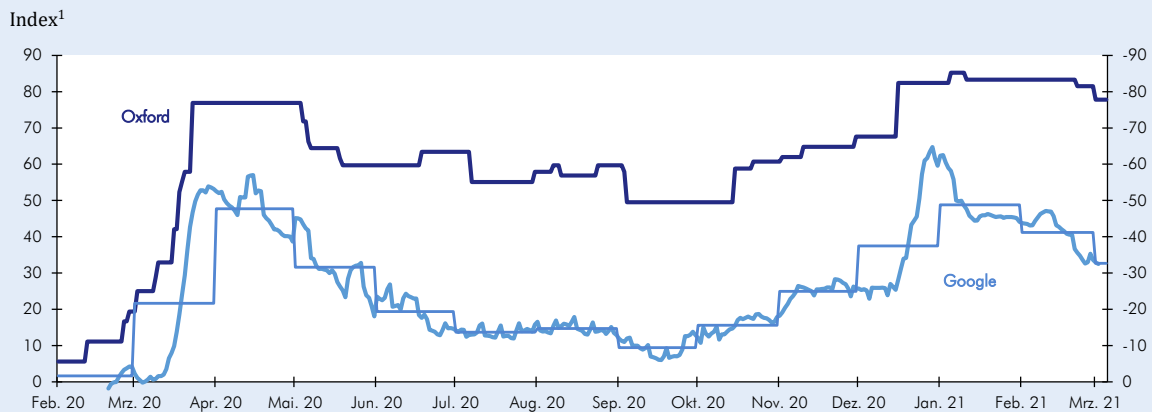
¹ Zur Berechnung werden die Prognosefehler der Vergangenheit herangezogen, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken – wie der Coronakrise – ist höher als hier angegeben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

⁶ Das 68%-Prognoseintervall überlagert die tatsächliche Wachstumsrate mit einer Wahrscheinlichkeit von 68%. Zur Berechnung werden die Prognosefehler für den Zuwachs des IWH aus der Vergangenheit herangezogen.

Kasten 2**Zur Prognose von Bruttowertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt**

Für die Prognose der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche (WZ 2008) liegen am aktuellen Rand nur wenige Indikatoren vor. Mit Hilfe hochfrequenzieller Indikatoren (vgl. Abbildung K2) wird für sämtliche Wirtschaftsbereiche zunächst ermittelt, wie stark die pandemiebedingte Abweichung von einem hypothetischen Aktivitätspotenzial ohne Pandemie in den vergangenen Quartalen war. Entsprechende Indikatoren liegen bereits bis Anfang März vor und können damit herkömmliche Indikatoren, wie die Industrieproduktion (letzter Wert: Januar) oder Umfragedaten (Februar) sinnvoll ergänzen, um die konjunkturelle Dynamik am aktuellen Rand einzuschätzen. Es wird unterstellt, dass geltende Einschränkungen in den kommenden Monaten sukzessive zurückgenommen werden, ab dem Sommerhalbjahr etwas beschleunigt. So ist für Bereiche, deren Wertschöpfung gegenwärtig am stärksten durch Maßnahmen eingeschränkt ist, bereits im zweiten Quartal mit einem recht kräftigen Aufholprozess zu rechnen. Andere Bereiche hingegen nähern sich deutlich langsamer ihrem Aktivitätspotenzial. Damit ergeben sich Corona-bedingte Zu-/Abschläge, die den potenziellen Entwicklungspfaden der Wirtschaftsbereiche zugerechnet werden. Allerdings wird unterstellt, dass auch gegen Ende des Jahres 2021 noch nicht alle Einschränkungen aufgehoben sind bzw. die Mobilität zu ihrem Niveau von vor der Pandemie zurückgekehrt ist.

Abbildung K2**Restriktionen und Mobilität**

¹ Täglicher Index der Universität Oxford zur Intensität staatlicher Einschränkungen; Mobilitätsdaten von Google in den Bereichen Handel, Arbeitsplatz und Transit im gleitenden 7-Tages Durchschnitt sowie jeweiliger Monatsdurchschnitt (rechte Achse); Datenstand: 5.3.2021.

Quellen: Oxford COVID-19 Government Response Tracker; COVID-19 Community Mobility Reports; Berechnungen des IWH.

Die Dynamik des Bruttoinlandsprodukts entspricht der Entwicklung der Bruttowertschöpfung zuzüglich der Nettogütersteuern (Gütersteuern abzüglich der Gütersubventionen). Während sich die beiden Veränderungsraten in der Vergangenheit meist nur geringfügig unterschieden hatten, gab es zuletzt deutliche Unterschiede, und auch im Prognosezeitraum sorgen Sondereffekte für größere Abweichungen. Die temporäre Senkung der Mehrwertsteuer in der zweiten Jahreshälfte 2020 ist direkt im Deflator der Gütersteuern ersichtlich. Mit der Wiederanhebung des Mehrwertsteuersatzes ergibt sich für den Deflator ein Anstieg in der zweiten Jahreshälfte 2021, der jedoch den Rückgang im Vorjahreszeitraum nicht vollständig wettmacht, da in der Gastronomie der reduzierte Mehrwertsteuersatz beibehalten wird. Bei den Gütersubventionen ist bereits in der zweiten Jahreshälfte 2021 ein deutlicher Anstieg sowohl nominal als auch in den Preisen zu erwarten. In dem im Juni 2020 verabschiedeten Konjunkturpaket wurde eine Entlastung der Verbraucher bei den Stromkosten und die Finanzierung der "Erneuerbare-Energien-Gesetz"-(EEG)-Umlage ab 2021 über Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt beschlossen. Dies dürfte im Jahr 2021 mit einer Zunahme der nominalen Gütersubventionen von über 100% gegenüber dem Vorjahr einhergehen. Real wird dieser Effekt kaum sichtbar sein, da sich die Erhöhung in den Preisen niederschlägt. Demnach dürften Veränderungsraten von Bruttowertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt sich wieder annähern. Insgesamt dürfte die Bruttowertschöpfung im Jahr 2021 um 3,3% und das Bruttoinlandsprodukt um 3,7% zulegen.

Im Jahr 2022 nehmen die öffentlichen Einnahmen beschleunigt zu. Dies geht darauf zurück, dass im kommenden Jahr die steuerlichen Entlastungen geringer sind und ein deutlicher Anstieg des durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung unterstellt ist. Die öffentlichen Ausgaben dürften dagegen in etwa stagnieren. So ist mit dem Auslaufen der Corona-Hilfen mit einem deutlichen Rückgang der Subventionen zu rechnen, und die monetären Sozialleistungen nehmen mit der Rückführung der Kurzarbeit nicht weiter zu. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo bleibt im Jahr 2022 mit $-1,7\%$ in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zwar negativ, erhöht sich im Vergleich zum Vorjahr jedoch deutlich.

Der strukturelle Finanzierungssaldo verringert sich im Jahr 2021 auf $-2,8\%$ in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, ausgehend von $-1,3\%$ im Jahr zuvor. Im kommenden Jahr würde sich der strukturelle Finanzierungssaldo auf $-1,5\%$ in Relation zum Bruttoinlandsprodukt erhöhen. Dies gilt, sofern man die im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie ergriffenen Maßnahmen nicht als Einmaleffekte klassifiziert. Wenn diejenigen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie ergriffenen finanzpolitischen Maßnahmen, die nur kurzfristig wirken, als Einmaleffekte klassifiziert werden, liegt der strukturelle Finanzierungssaldo im Jahr 2021 nur bei $-0,3\%$ und im Jahr darauf bei $-1,5\%$ in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1**Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates**

In Mrd. Euro

	2019	2020	2021	2022
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	52,5	-139,6	-153,9	-64,3
– Konjunkturkomponente ^a	10,4	-95,3	-54,0	-7,2
= Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	42,0	-44,3	-99,9	-57,1
– Einmaleffekte ^b	-0,2	-2,0	-2,4	0,0
= Struktureller Finanzierungssaldo	42,3	-42,3	-97,5	-57,1
– kurzfristige Corona-Maßnahmen ^c	0,0	-77,8	-87,9	0,0
= Struktureller Finanzierungssaldo bereinigt um kurzfristige Corona-Maßnahmen	42,3	35,5	-9,6	-55,9
+ Zinsausgaben des Staates	27,5	21,8	19,5	17,9
+ kurzfristige Corona-Maßnahmen ^c	0,0	-77,8	-87,9	0,0
= Struktureller Primärsaldo	69,7	-98,2	-166,0	-40,5
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	-3,4	-168,0	-67,7	125,5
<i>Nachrichtlich:</i>	<i>In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent</i>			
Struktureller Finanzierungssaldo	1,2	-1,3	-2,8	-1,5
Struktureller Finanzierungssaldo bereinigt um kurzfristige Corona-Maßnahmen ^c	1,2	1,1	-0,3	-1,5
struktureller Primärsaldo	2,0	-2,9	-4,7	-1,1
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	-0,2	-5,0	-1,8	3,6

^a Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504. – ^b Abwicklung der HSH Nordbank, Gerichtsurteile, Bußgeldzahlungen im Zusammenhang mit manipulierten Abgaswerten. – ^c finanzpolitische Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, die auf die Jahre 2020 und 2021 beschränkt sind.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Das ungewisse Pandemiegeschehen ist für die Konjunktur in Deutschland wie überall auf der Welt das **Haupt-risiko**; die im Abschnitt zur internationalen Konjunktur genannten Gründe gelten auch hierzulande. Insbesondere besteht für das zweite Quartal die Gefahr, dass es nicht gelingt, die Pandemie mithilfe von Impfungen und Tests zurückzudrängen. Stattdessen könnten die Anfang März beschlossenen Öffnungsschritte eine dritte Infektionswelle auslösen. Ob eine weitere Lockdown-Runde gesellschaftlich durchgesetzt werden könnte, ist zweifelhaft. Vielmehr droht für einen solchen Fall ein Verlust an gesellschaftlichem Zusammenhalt und an Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des politischen Systems, was auch kurzfristig die wirtschaftliche Erholung in Deutschland schwächen könnte.

Kasten 3**Zur Schätzung des Produktionspotenzials**

Das IWH greift zur Bestimmung des Produktionspotenzials auf die Methode zurück, die auch von der EU-Kommission im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung angewendet wird. Da die langfristigen Folgen der Corona-Pandemie für das Potenzialwachstum zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer abzuschätzen sind, ist auch die Potenzialschätzung derzeit mit einer erhöhten Unsicherheit behaftet. Hier wird angenommen, dass der gegenwärtige Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität in Folge der Pandemie überwiegend eine temporäre Unterauslastung der Produktionskapazitäten darstellt und dass die Pandemie nur geringe Auswirkungen auf das Produktionspotenzial hat. Die Fortschreibungsmodelle sind entsprechend angepasst worden. Insgesamt ergibt sich für den Projektionszeitraum (2021 bis 2025) ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs des Produktionspotenzials von 0,8% (vgl. Tabelle K3). Sollte die Pandemie und der Produktionsausfall in den von ihr besonders betroffenen Wirtschaftszweigen länger als in dieser Prognose unterstellt andauern, ist mit strukturellen Veränderungen beim Einsatz der Produktionsfaktoren zu rechnen und ein nachhaltig gedämpftes Produktionspotenzial zu erwarten.

Tabelle K3**Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU-Methode**Jahresdurchschnittliche Veränderung in %^a

	1996-2020 ^b	1996-2020	2020-2025
Produktionspotenzial	1,1	1,3	0,8
Kapitalstock	1,6 (0,5)	1,6 (0,5)	1,2 (0,4)
Solow-Residuum	0,5 (0,5)	0,6 (0,6)	0,6 (0,6)
Arbeitsvolumen	0,1 (0,1)	0,3 (0,2)	-0,4 (-0,2)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0	0,0	-0,1
Partizipationsquote	0,5	0,5	0,0
Erwerbsquote	0,2	0,2	0,0
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,5	-0,4	-0,2
<i>Nachrichtlich:</i>			
Arbeitsproduktivität	1,0	1,1	1,2

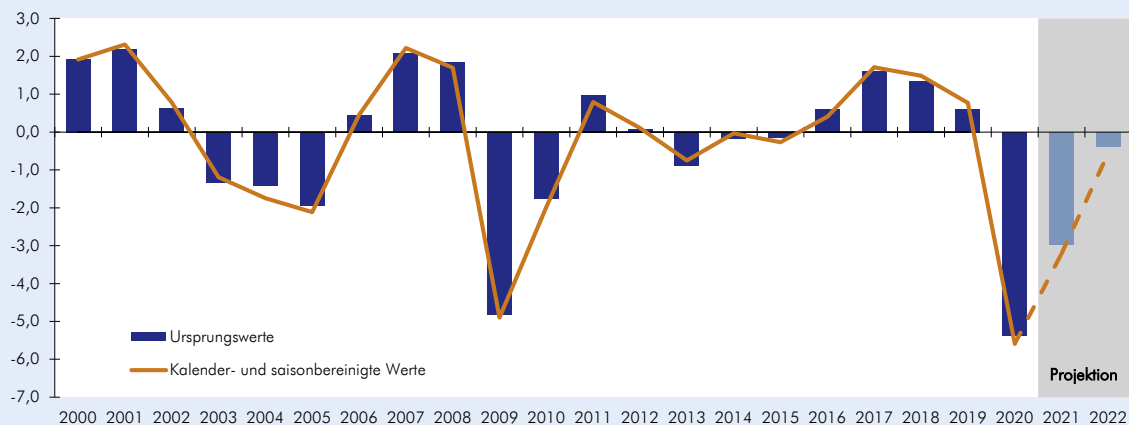
^a Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge. – ^b Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Das potenzielle Arbeitsvolumen wird bis zum Jahr 2025 um jahresdurchschnittlich 0,4% schrumpfen. Die jährliche Veränderungsrate weist einen deutlich abwärts gerichteten Trend auf. Insgesamt trägt das Arbeitsvolumen -0,2 Prozentpunkte zum jährlichen Potenzialwachstum bei. Für den Rückgang des Arbeitsvolumens sind vor allem die Entwicklung der Bevölkerung und die Arbeitszeit je Erwerbstätigen bestimmend: Der alterungsbedingte Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15–74 Jahre) kann nicht mehr durch einen hohen Nettowanderungssaldo kompensiert werden. Ausschlaggebend hierfür ist das durch die Corona-Pandemie vorübergehend zum Erliegen gekommene Wanderungsgeschehen. Der Wanderungssaldo lag nach erster Schätzung im Jahr 2020 mit 245 000 Personen um knapp 100 000 Personen niedriger als in der aktuellen koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts (G2-L2-W2) angenommen. Auch für dieses und für die Folgejahre ist von einem im Vergleich zur Bevölkerungsvorausberechnung schwächeren Nettowanderungssaldo von durchschnittlich 240 000 Personen auszugehen. Insgesamt wird damit ein Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 62,3 Mio. Personen im Jahr 2020 auf 62,0 Mio. Personen im Jahr 2025 erwartet. Die trendmäßige Partizipationsquote wird im gesamten Projektionszeitraum bei knapp 75% verharren. Die strukturelle Erwerbslosenquote (NAWRU) wird im Jahr 2025 mit 3,5% geringfügig höher liegen als im Jahr 2020 (3,3%). Der Rückgang der trendmäßigen Arbeitszeit je Erwerbstätigen wird sich mit einer jahresdurchschnittlichen Rate von -0,2% im Projektionszeitraum abgeschwächt fortsetzen.

Abbildung K3
Produktionslücke

In Relation zum Produktionspotenzial in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Der Kapitalstock wird der Projektion zufolge um durchschnittlich 1,2% pro Jahr ausgeweitet werden und damit 0,4 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum beitragen. Der jahresdurchschnittliche Zuwachs der trendmäßigen TFP wird im Projektionszeitraum 0,6% betragen. Hierbei wird, wie auch bei den zuvor beschriebenen Bestimmungsfaktoren des Produktionspotenzials, davon ausgegangen, dass kein durch die Corona-Pandemie bedingter Bruch in der Trendfortschreibung eintritt. Auf Basis der Schätzung des Produktionspotenzials und der Prognose des Bruttoinlandsproduktes ergibt sich damit für das laufende Jahr eine Produktionslücke von -3,0%. Im Jahr 2022 dürfte sich die Lücke wieder schließen (vgl. Abbildung K3).

Für **Ostdeutschland** dürfte der Wirtschaftseinbruch im Jahr 2020 deutlich milder verlaufen sein als in Deutschland insgesamt. Denn im Osten haben mit der Bauwirtschaft sowie mit den öffentlichen Dienstleistern, dem Erziehungs- und dem Gesundheitswesen Wirtschaftsbereiche einen besonders hohen Anteil an der Wertschöpfung, die recht glimpflich durchs Jahr gekommen sind. Auch spielt die kriselnde Automobilindustrie im Osten eine etwas geringere Rolle als im Westen der Republik. Das Bild wird sich aber im laufenden Jahr umkehren: Das Verarbeitende Gewerbe dürfte besonders stark gegenüber dem Vorjahr zulegen, wovon vor allem die industriellen Zentren in Westdeutschland profitieren. Dazu kommt, dass die erste Pandemiewelle stärker den Westen, die zweite Welle aber stärker den Osten heimgesucht hat. Es ist damit zu rechnen, dass das Bruttoinlandsprodukt im Jahre 2020 in Ostdeutschland um 3,2% zurückgegangen ist (Deutschland insgesamt: -4,9%) und im Jahr 2021 um 2,9% zulegt (Deutschland insgesamt: 3,7%). Die Arbeitslosenquote ist im Jahr 2020 auf 7,3% gestiegen. Sie dürfte im Schnitt des Jahres 2021 bei 7,0% liegen.

Anhang

Tabelle A1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote ²			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022
Europa	28,5	1,5	-6,1	4,4	4,3	2,1	1,2	2,5	2,2				
EU 27	20,2	1,6	-6,3	4,4	4,4	1,4	0,5	1,9	1,5	6,8	7,2	7,5	7,1
Großbritannien	3,7	1,5	-9,9	4,5	6,0	1,8	1,0	2,0	2,2	3,8	4,5	6,0	5,5
Schweiz	0,9	1,2	-3,0	3,3	2,2	0,4	-0,7	0,4	0,6	4,4	4,8	5,1	4,7
Norwegen	0,5	1,2	-1,3	3,1	2,8	2,2	1,3	2,5	2,0	3,7	4,6	4,8	4,5
Russland	2,2	1,3	-3,1	3,3	2,6	4,5	3,4	4,0	4,5				
Türkei	1,0	0,9	1,6	7,1	2,9	15,2	12,3	15,0	12,0				
Amerika	35,6	1,9	-4,2	5,7	2,9								
USA	27,7	2,2	-3,5	5,8	2,9	1,8	1,3	2,7	2,3	3,7	8,1	5,3	4,0
Kanada	2,2	1,9	-5,4	5,2	3,1	1,9	0,7	1,8	2,0	5,7	9,6	8,4	7,0
Lateinamerika ³	5,7	0,8	-6,9	5,2	2,6								
Asien	35,9	4,1	-1,1	7,6	4,8								
Japan	6,6	0,3	-4,9	3,3	1,4	0,5	0,0	0,2	0,3	2,4	2,8	2,9	2,6
China ohne Hongkong	18,6	6,0	2,1	9,2	5,8								
Südkorea	2,1	2,0	-0,9	3,7	3,3	0,4	0,5	1,0	1,2	3,8	4,0	4,5	4,0
Indien	3,7	4,2	-7,0	13,0	6,2								
Ostasien ohne China ⁴	4,9	3,3	-3,9	4,9	4,9								
Insgesamt ⁵	100,0	2,6	-3,6	6,0	3,9								
fortgeschrittene Volkswirtschaften ⁶	65,7	1,7	-4,8	4,9	3,4	1,5	0,8	2,0	1,8	4,8	6,6	6,0	5,2
Schwellenländer ⁷	34,3	4,3	-1,3	8,1	5,0								
nachrichtlich:													
Exportgewichtet ⁸	–	2,3	-4,9	5,0	4,3								
gewichtet nach Kaufkraftparitäten ⁹	–	2,9	-3,5	6,5	4,2								
Welthandel ¹⁰	–	-0,3	-5,3	7,5	3,4								

¹ Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2019 in US-Dollar.

² Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2019.

³ Brasilien, Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien, Chile.

⁴ Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas).

⁵ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2019 in US-Dollar.

⁶ EU 27, Großbritannien, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur.

⁷ Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika.

⁸ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2019.

⁹ Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, Oktober 2020.

¹⁰ Realer Güterhandel. Wert für 2020 von CPB.

Quellen: IWF; OECD; CPB; ab 2021: Prognose des IWH.

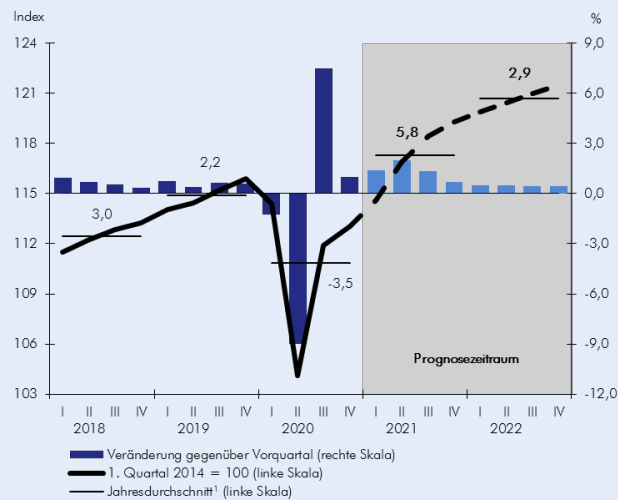
Tabelle A2
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2019	2020	2021	2022
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	2,2	-3,5	5,8	2,9
privater Konsum	2,4	-3,9	7,1	2,9
Staatskonsum und -investitionen	2,3	1,1	0,5	1,0
private Bruttoanlageinvestitionen	1,7	-5,3	8,9	3,1
inländische Verwendung	2,3	-3,3	6,9	2,6
Exporte	-0,1	-13,0	6,9	7,1
Importe	1,1	-9,3	13,0	2,5
Außenbeitrag ¹	-0,2	-0,3	-1,1	0,3
Verbraucherpreise	1,8	1,3	2,7	2,3
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo ²	-5,8	-17,5	-17,7	-8,4
Leistungsbilanzsaldo	-2,2	-2,1	-2,9	-2,4
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	3,7	8,1	5,3	4,0

¹ Wachstumsbeitrag. – ² Gesamtstaat (Bund plus Bundesstaaten und Gemeinden).

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des IWH; 2021 und 2022: Prognose des IWH.

Abbildung A1
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
saisonbereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2021: Prognose des IWH.

Tabelle A3

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2019	2020	2021	2022
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	1,3	-6,8	4,6	4,3
privater Konsum	1,3	-8,1	3,4	5,8
öffentlicher Konsum	1,8	1,1	3,8	1,7
Bruttoanlageinvestitionen	5,7	-8,5	5,9	4,5
inländische Verwendung	1,9	-6,2	4,1	4,5
Exporte ¹	2,5	-9,8	10,1	6,5
Importe ¹	3,9	-9,3	9,1	7,3
Außenbeitrag ²	-0,5	-0,6	0,8	-0,1
Verbraucherpreise ³	1,3	0,3	1,8	1,4
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Budgetsaldo ⁴	-0,6	-7,7	-5,2	-3,0
Leistungsbilanzsaldo	2,3	2,5	3,3	3,2
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote ⁵	7,6	8,0	8,5	8,0

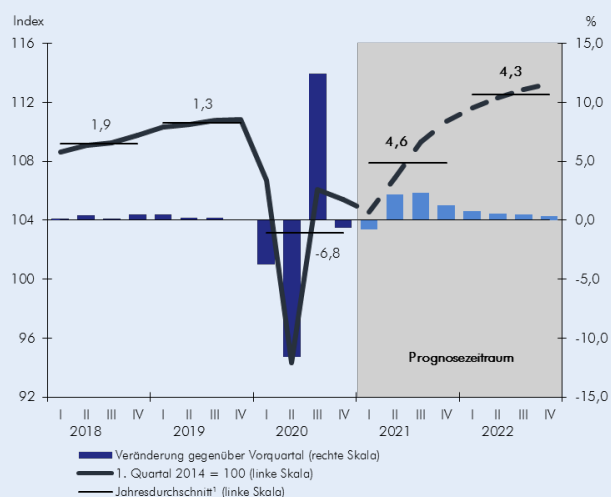
¹ Einschließlich Intrahandel. – ² Wachstumsbeitrag. – ³ Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ⁴ Gesamtstaatlich. – ⁵ Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Europäische Kommission; ILO; Berechnungen des IWH; 2021 und 2022: Prognose des IWH.

Abbildung A2

Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2021: Prognose des IWH.

Tabelle A4**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa**

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ²				Arbeitslosenquote ³			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022
Deutschland	24,7	0,6	-5,3	3,7	3,7	1,4	0,4	2,2	1,8	3,2	4,2	4,3	3,9
Frankreich	17,4	1,5	-8,2	5,8	4,3	1,3	0,5	1,8	1,2	8,5	8,0	8,9	8,5
Italien	12,8	0,3	-8,9	4,0	4,0	0,7	-0,2	1,5	1,0	10,0	9,1	10,4	10,6
Spanien	8,9	2,0	-11,0	7,1	6,3	0,8	-0,3	1,6	1,3	14,1	15,5	15,9	14,7
Niederlande	5,8	1,6	-3,8	3,3	3,6	2,7	1,1	1,9	1,3	3,4	3,8	4,3	4,6
Belgien	3,4	1,7	-6,3	4,8	3,9	1,3	0,4	2,3	2,0	5,4	5,6	5,8	5,4
Österreich	2,9	1,4	-6,7	3,7	4,4	1,5	1,4	2,0	1,9	4,5	5,4	5,6	5,2
Irland	2,6	5,9	2,5	4,3	4,8	0,9	-0,5	1,3	0,6	5,0	5,7	6,2	7,0
Finnland	1,7	1,3	-2,8	2,0	2,8	1,1	0,4	2,0	1,2	6,7	7,8	7,7	7,0
Portugal	1,5	2,5	-7,6	4,9	4,7	0,3	-0,1	0,9	0,8	6,6	7,0	6,4	5,3
Griechenland	1,3	1,6	-8,8	2,6	5,8	0,5	-1,3	0,1	1,2	17,3	16,5	16,7	15,7
Slowakei	0,7	2,3	-5,2	6,6	4,7	2,8	2,0	2,3	2,4	5,8	6,7	7,1	6,5
Luxemburg	0,5	2,3	-1,3	5,6	2,7	1,6	0,0	2,9	1,8	5,6	6,8	6,5	6,3
Slowenien	0,3	3,2	-6,1	6,2	4,7	1,7	-0,3	1,5	1,5	4,5	4,9	4,7	4,8
Litauen	0,3	4,3	-0,8	3,5	4,1	2,2	1,1	1,6	2,1	6,3	8,5	8,6	6,7
Lettland	0,2	2,0	-3,6	4,7	4,0	2,8	0,1	1,0	2,0	6,3	8,1	7,8	7,1
Estland	0,2	4,8	-2,7	4,0	4,2	2,3	-0,6	2,1	2,1	4,4	6,9	7,7	6,9
Zypern	0,2	3,1	-5,1	4,7	6,1	0,6	-1,1	1,5	1,1	7,1	7,6	6,9	6,1
Malta	0,1	5,6	-6,9	7,5	6,5	1,5	0,8	0,6	1,4	3,6	4,3	4,6	4,5
Euroraum insgesamt	85,5	1,3	-6,8	4,6	4,3	1,3	0,3	1,8	1,4	7,6	8,0	8,5	8,0
Euroraum ohne Deutschland	60,8	1,6	-7,4	4,9	4,5	1,2	0,2	1,7	1,2	9,2	8,7	9,4	9,0
Polen	3,8	4,6	-2,7	4,7	5,4	2,1	3,7	3,1	2,7	3,3	3,2	3,1	2,7
Schweden	3,4	1,4	-3,0	2,8	3,7	1,7	0,7	2,5	1,5	6,8	8,3	8,0	6,7
Dänemark	2,2	2,9	-3,3	2,7	3,5	0,7	0,3	1,2	0,8	5,1	5,6	5,3	4,4
Tschechien	1,6	2,2	-5,6	1,1	6,5	2,6	3,3	2,7	2,3	2,0	2,6	2,9	2,3
Rumänien	1,6	4,2	-3,7	6,7	5,1	3,9	2,4	2,8	3,7	3,9	5,0	5,2	5,2
Ungarn	1,0	4,6	-5,1	4,6	6,6	3,4	3,4	4,0	3,8	3,3	4,2	3,7	2,6
Bulgarien	0,4	3,6	-3,8	4,4	6,1	2,5	1,2	1,0	1,2	4,2	5,1	4,4	3,7
Kroatien	0,4	2,9	-8,1	5,0	6,5	0,8	0,0	1,3	1,3	6,7	7,5	6,1	4,4
MOE-Länder ⁴	10,6	3,8	-4,0	4,6	5,5	2,6	2,7	2,7	2,7	3,8	4,4	4,3	3,8
EU 27 ⁵	100,0	1,6	-6,3	4,4	4,4	1,4	0,5	1,9	1,5	6,8	7,2	7,5	7,1

¹ Die Zuwachsraten sind, außer für die Slowakei, um Arbeitstageeffekte bereinigt.² Harmonisierter Verbraucherpreisindex.³ Standardisiert.⁴ Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Slowenien, Litauen, Lettland, Estland, Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Kroatien.⁵ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2019 in US-Dollar.

Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2019.

Quellen: Eurostat; IWF; ab 2021: Prognose des IWH.

Tabelle A5**Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung¹**

Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2020				2021				2022			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	-2,3	-11,0	10,8	-3,3	-11,8	10,3	6,0	2,9	0,9	0,4	0,4	0,3
öffentlicher Konsum	0,6	2,1	0,6	-0,5	0,9	0,7	0,1	0,1	0,0	0,4	0,4	0,4
Bauten	4,3	-4,3	-1,3	1,8	-1,8	2,4	1,5	0,8	0,5	0,5	0,5	0,5
Ausrüstungen	-6,9	-15,1	15,9	-0,1	-2,0	6,0	3,0	1,5	0,6	0,6	0,6	0,6
sonstige Anlagen	-4,1	0,6	1,9	0,6	-0,5	0,8	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6
Vorratsinvestitionen ²	0,0	0,0	-2,0	1,4	1,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	-1,4	-7,1	4,7	-0,3	-4,6	6,1	3,6	1,8	0,6	0,4	0,4	0,3
Außenbeitrag ²	-0,7	-2,9	3,9	0,6	2,3	-2,0	-1,2	-0,7	-0,1	0,0	0,0	0,0
Exporte	-3,3	-20,4	18,0	4,5	2,6	1,4	1,4	1,3	1,3	1,2	1,1	1,0
Importe	-2,0	-15,9	9,0	3,7	-2,8	6,9	4,6	3,3	1,7	1,3	1,2	1,2
Bruttoinlandsprodukt	-2,0	-9,7	8,5	0,3	-2,0	3,5	2,2	1,0	0,5	0,4	0,4	0,3

¹ Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – ² Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 1. Quartal 2021: Prognose des IWH.

Tabelle A6**Beiträge der Verwendungskomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts¹**

in Prozentpunkten

	2019	2020	2021	2022
Konsumausgaben	1,4	-2,5	-0,4	4,6
private Konsumausgaben	0,8	-3,2	-0,9	4,4
Konsumausgaben des Staates	0,5	0,7	0,4	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	0,5	-0,7	0,7	0,8
Bauten	0,4	0,2	0,1	0,3
Ausrüstungen	0,0	-0,8	0,5	0,3
sonstige Anlagen	0,1	0,0	0,1	0,1
Vorratsveränderung	-0,7	-0,8	1,9	0,0
inländische Verwendung	1,2	-4,0	2,2	5,4
Außenbeitrag	-0,6	-0,9	1,5	-1,7
Exporte	0,5	-4,4	4,7	2,3
Importe	-1,1	3,5	-3,2	-4,1
Bruttoinlandsprodukt	0,6	-4,9	3,7	3,6

¹ Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2021 und 2022: Prognose des IWH.

Tabelle A7**Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate**

in % bzw. Prozentpunkten

	2019	2020	2021	2022
statistischer Überhang ^a	0,2	0,0	1,7	2,6
Jahresverlaufsrate ^b	0,4	-3,6	4,6	1,6
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	0,6	-5,3	3,7	3,7
Kalendereffekt ^c	0,0	0,4	0,0	-0,1
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich ^d	0,6	-4,9	3,7	3,6

^a Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – ^b Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – ^c In % des realen BIP. – ^d Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2021 und 2022: Prognose des IWH.

Tabelle A8**Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Deutschland 2020 und 2021**

	2020	2021 ¹	Veränderung in	
			1 000 Personen	%
Arbeitnehmer (Inland) ¹	40 784	41 102	318	0,8
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	33 578	34 049	471	1,4
Geförderte ²	126	126	0	0,0
nicht geförderte	33 452	33 923	471	1,4
ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	4 288	4 176	-112	-2,6
sonstige	2 918	2 877	-41	-1,4
Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger	3 998	3 875	-123	-3,1
geförderte Selbstständigkeit	21	21	0	0,0
nicht geförderte Selbstständigkeit	3 977	3 854	-123	-3,1
Erwerbstätige (Inland)	44 782	44 977	195	0,4
staatlich subventionierte Erwerbstätige	3 057	1 637	-1 420	-46,5
geförderte Erwerbstätige ³	147	147	0	0,0
Kurzarbeit	2 910	1 490	-1 420	-48,8
ungeförderte Erwerbstätigkeit	41 725	43 340	1 615	3,9
<i>nachrichtlich:</i> Anteil der staatlich subventionierten Erwerbstätigen an den Erwerbstätigen (Inland) in %	6,8	3,6		

¹ Prognose des IWH. – ² Eingliederungszuschüsse (einschl. für Schwerbehinderte); Einstiegsgeld bei abhängiger SV-pflichtiger Erwerbstätigkeit; Beschäftigungszuschuss; ESF Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter; Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§16 e SGB II); Teilhabe am Arbeitsmarkt; Förderung von Arbeitsverhältnissen. – ³ Geförderte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie geförderte Selbstständige.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen bzw. Schätzungen des IWH.

Tabelle A9**Indikatoren zur Außenwirtschaft**

	2019	2020	2021	2022
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Exporte, real	1,0	-9,4	10,8	5,0
Importe, real	2,6	-8,5	8,4	10,1
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Exporte, nominal	46,9	43,8	46,8	47,2
Importe, nominal	41,1	38,0	40,4	42,6
	Außenbeitrag			
Mrd. Euro, nominal	199,9	194,0	222,5	169,3

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2021 und 2022: Prognose des IWH.

Tabelle A10**Reale Anlageinvestitionen in Deutschland**

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	2019	2020	2021	2022
Anlageinvestitionen insgesamt	2,5	-3,1	3,1	3,6
Bauinvestitionen insgesamt	3,8	1,9	0,8	3,1
Wohnbauten	4,0	2,8	1,2	3,1
Nichtwohnbauten insgesamt	3,5	0,4	0,2	2,8
gewerbliche Bauten	2,5	-0,8	-0,7	2,8
öffentliche Bauten	6,0	3,2	2,1	2,4
Ausrüstungen	0,5	-12,1	7,9	5,2
Sonstige Anlagen	2,7	-1,1	2,3	2,7

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2021 und 2022: Prognose des IWH.

Tabelle A11**Verfügbares Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte¹ in Deutschland**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2019	2020	2021	2022
verfügbares Einkommen, nominal	3,0	0,7	1,1	2,5
<i>darunter:</i>				
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	4,6	-0,3	3,5	3,3
monetäre Sozialleistungen	4,5	8,0	2,1	-0,1
Selbstständigen-, Vermögenseinkommen	-0,8	-5,7	-5,9	5,7
Sparen	2,2	50,3	5,5	-39,1
private Konsumausgaben, nominal	2,9	-5,4	0,3	10,9
<i>nachrichtlich:</i>				
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	4,1	-0,8	3,1	4,4
Sparquote (in %)	10,9	16,2	16,9	10,1
Preisindex des privaten Konsums	1,3	0,7	2,0	1,7
private Konsumausgaben, real	1,6	-6,1	-1,7	9,0

¹ Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2021 und 2022: Prognose des IWH.

Tabelle A12**Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹**

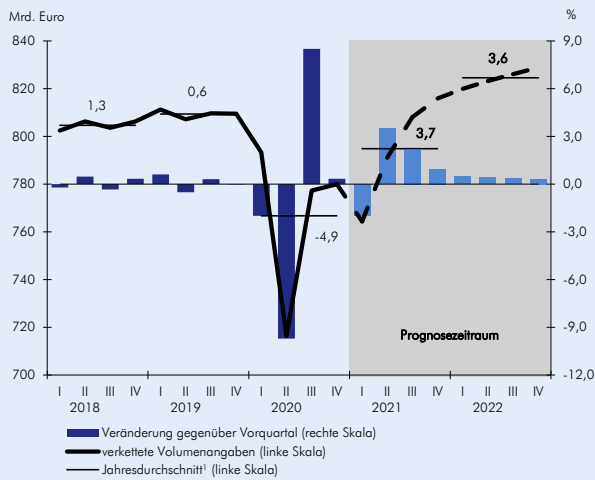
Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal in %

	2020		2021			
	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Bruttoinlandsprodukt	8,5	0,3	-2,0	3,5	2,2	1,0
<i>Darunter</i>						
Bruttowertschöpfung	8,1	-0,2	-1,8	3,6	2,3	1,1
<i>darunter</i>						
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	12,8	6,4	0,1	3,6	1,4	0,6
Verarbeitendes Gewerbe	13,9	6,7	0,2	4,0	1,4	0,6
Energie- und Wasserversorgung	0,0	0,0	-0,3	1,4	1,0	0,9
Baugewerbe	-3,2	5,2	-0,4	0,7	0,6	0,3
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	13,3	-4,4	-6,8	8,8	5,3	2,8
Information und Kommunikation	3,4	0,3	-0,3	1,1	1,3	0,7
Finanz- und Versicherungsdienstleister	0,4	-0,5	-0,3	1,0	1,2	0,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	1,5	-0,2	-0,3	1,0	1,2	0,6
Unternehmensdienstleister	4,9	-0,5	-2,4	4,0	3,1	0,8
öffentliche Dienstleister	9,6	-3,2	-1,0	2,8	1,4	0,9
sonstige Dienstleister	17,4	-13,5	-5,5	6,2	7,3	3,9

¹ Verkettete Volumina, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 1. Quartal 2021: Prognose des IWH.

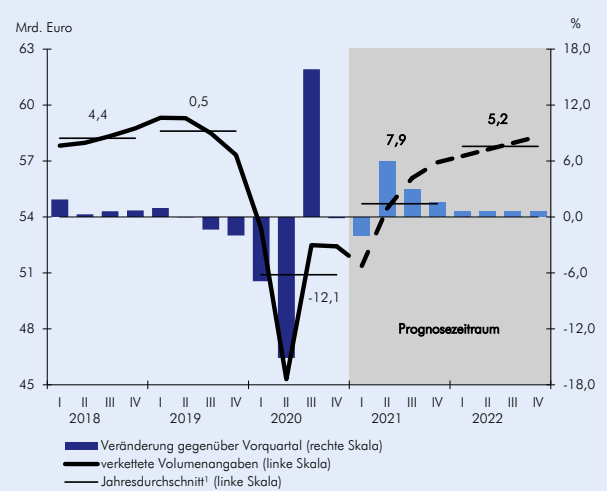
Abbildung A3
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2021: Prognose des IWH.

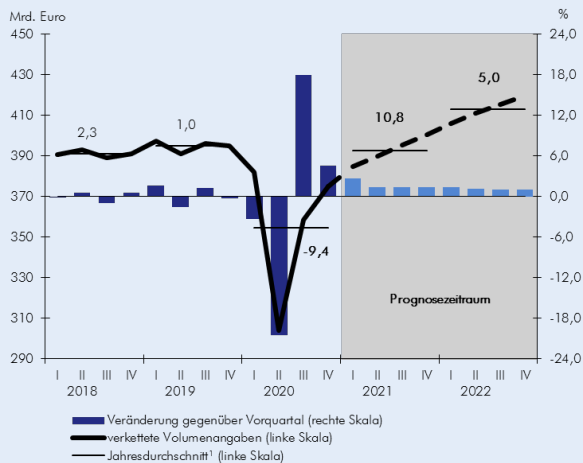
Abbildung A5
Reale Investitionen in Ausrüstungen
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2021: Prognose des IWH.

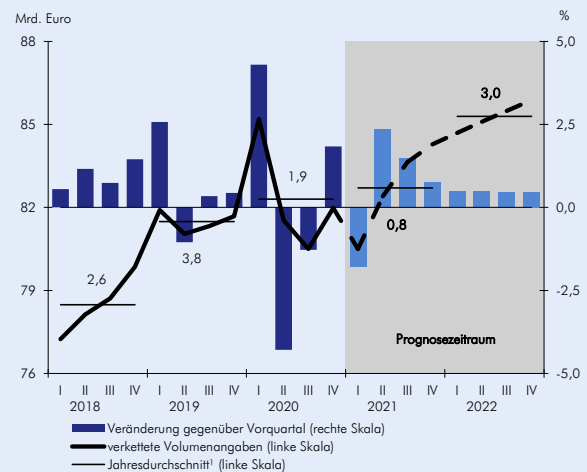
Abbildung A4
Reale Exporte
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2021: Prognose des IWH.

Abbildung A6
Reale Bauinvestitionen
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

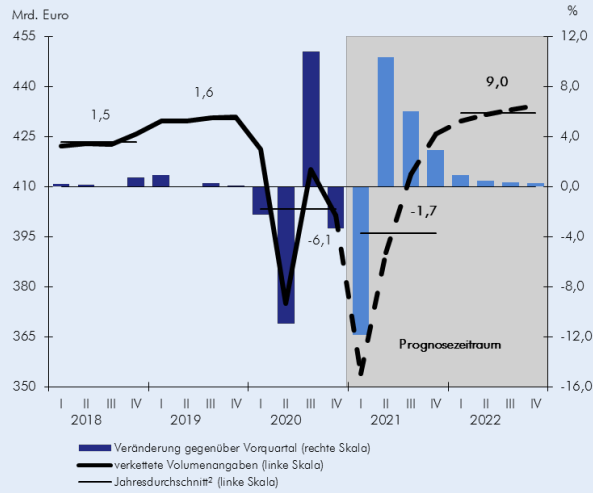


¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2021: Prognose des IWH.

Abbildung A7

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

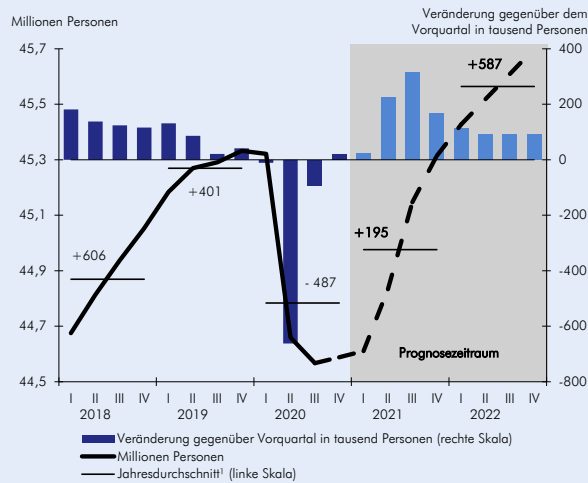


¹ Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. - ² Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2021: Prognose des IWH.

Abbildung A8

Erwerbstätige
Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2021: Prognose des IWH.

Tabelle A13**Finanzpolitische Maßnahmen im Zuge der Corona-Pandemie**

Belastungen (-) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr

	2021	2022
Maßnahmen, die den Finanzierungssaldo unmittelbar berühren		
<i>Bund</i>		
Staatliche Beschaffung von Schutzprodukten und Atemgeräten	1,0	2,5
COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz	11,5	0,0
Zuschüsse für Soloselbstständige und Kleinstbetriebe	13,7	0,0
Sozialschutzpaket I	5,0	6,0
Unterstützung des Homeschooling	-0,25	0,5
Zusätzliche Mittel für die Erprobung und Herstellung eines Impfstoffs,	-0,25	0,75
Lohnfortzahlung für Eltern wegen privater Kinderbetreuung	1,0	3,0
Zusätzliche Unterstützung von Kinder- und Jugendhospizen	0,1	0,0
Programm ‚Neustart Kultur‘	-1,2	1,0
Förderrichtlinie ‚Ausbildungsplätze sichern‘	0,3	0,1
Außerordentliche Wirtschaftshilfe November und Dezember 2020	-20,0	24,0
Härtefallfonds	-0,8	0,8
Hilfen für Flughäfen	-1,0	1,0
Kinderbonus I + II	2,3	2,7
Reduzierter Umsatzsteuersatz in der Gastronomie	-2,2	-1,1
Überbrückungshilfe für Studierende	-0,1	0,2
Förderung raumluftechnischer Anlagen	-0,3	0,5
<u>Konjunkturpaket:</u>		
investive Maßnahmen	-9,7	0,8
direkte Förderungen und Zuschüsse	-13,0	8,7
steuerliche Maßnahmen	13,8	2,3
Maßnahmen im Gesundheitswesen	-3,0	1,3
Überbrückungshilfen I, II + III	-25,0	30,0
<i>Länder</i>		
Globale Mehrausgaben	-0,8	11,5
Aufstockung Pflegebonus I	0,5	0,0
Hilfen für Flughäfen	-0,5	0,5
Härtefallfonds	-0,8	0,8
<i>Sozialversicherungen</i>		
Pflegebonus I + II	0,0	1,0
Zweites Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite	1,1	0,1
Sozialschutzpaket II	0,0	1,5
Sozialschutzpaket III	-1,3	1,3
Krankenhausentlastungsgesetz	1,5	0,0
Ausweitung der Kinderkrankengeldtage	-0,5	0,5
Verlängerte Bezugsdauer Kurzarbeitergeld	0,0	8,0
Summe	-28,9	110,3
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %	-0,8	3,0

Quellen: Finanzministerien der Länder; Bundesministerium der Finanzen; Bundesministerium für Gesundheit; Berechnungen des IWH.

Tabelle A14

Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen¹

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-), in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr

	2021	2022
Einnahmen der Gebietskörperschaften		
Alterseinkünftegesetz	-1,5	-1,6
schrittweises Abschmelzen des Solidaritätszuschlags	-9,0	-1,4
Familienentlastungsgesetz: Erhöhung des Grund- und Kinderfreibetrags bei der Einkommensteuer zum 1. Januar 2020	-0,5	-0,2
Familienentlastungsgesetz: Verschiebung der Eckwerte beim Einkommensteuertarif zum 1. Januar 2020	-0,4	-0,2
Zweites Familienentlastungsgesetz: Erhöhung des Grund- und Kinderfreibetrags bei der Einkommensteuer zum 1. Januar 2021 und zum 1. Januar 2022	-2,2	-3,4
Zweites Familienentlastungsgesetz: Verschiebung der Eckwerte beim Einkommensteuertarif zum 1. Januar 2021 und zum 1. Januar 2022	-1,6	-1,9
Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen beim Handel mit Waren im Internet	0,0	0,2
Jahressteuergesetz 2019	-0,2	-0,2
Jahressteuergesetz 2020	-0,0	-0,1
Fondsstandortgesetz	-0,2	-0,3
Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen	1,0	0,3
steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung	-1,1	-0,1
Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge und Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen	-0,2	-0,9
Steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus	-0,1	-0,2
sonstige steuerliche Maßnahmen ²	0,2	0,1
Mehreinnahmen durch steigende Rentenbesteuerung	0,5	0,4
Klimapaket: CO ₂ -Bepreisung in den Sektoren Gebäude und Verkehr	7,4	1,6
Klimapaket: steuerliche Maßnahmen	0,1	-0,4
Einnahmen der Sozialversicherungen		
Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 1. Januar 2021 um 0,2 Prozentpunkte und zum 1. Januar 2022 um 1 Prozentpunkt	2,3	12,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
zusätzliche investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag von 2013 ⁴	0,5	0,5
zusätzliche investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag vom Februar 2018 ⁴	-2,9	-1,3
Zusätzliche Ausgaben des Energie- und Klimafonds	-3,2	-1,0
Zusätzliche investive Maßnahmen des Bundes in den Jahren 2021 bis 2024	-1,0	-0,5
Änderungen beim Wohngeld	-0,1	0,0
Fluthilfemaßnahmen	-0,1	0,8
Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes	-0,2	0,0
Klimapaket: Senkung EEG-Umlage	-8,4	-0,1
Erhöhung des Kindergeldes zum 1. Januar 2021	-3,2	0,0
Teilhabechancengesetz	0,0	0,2
Arbeit-von-morgen-Gesetz	-0,1	-0,1
Mehrausgaben für Verteidigung und Entwicklungshilfe	-0,1	0,0
Personalaufstockung in den Bereichen Sicherheit und Justiz	-0,5	-0,1
Ausgaben der Sozialversicherungen		
rentenpolitische Maßnahmen aus der vergangenen Legislaturperiode ³	-0,2	-0,1
Verlängerung der Zurechnungszeit für Erwerbsgeminderte/Anpassung des aktuellen Rentenwerts Ost	-0,6	-0,5
Grundrente	-0,3	-1,1
Arbeit-von-morgen-Gesetz	-0,2	-0,2
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz	-0,2	-0,1
Terminservice- und Versorgungsgesetz	-0,5	0,0
insgesamt (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr)⁵	-26,8	0,1
insgesamt gegenüber Vorjahr (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	-0,8	0,0

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute und Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU). – ² Reform der Investmentbesteuerung, Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. November 2016, Unternehmensteuerreformgesetz 2008, Umsetzung des EuGH-Urteils vom 15. September 2016 zum Zeitpunkt des Vorsteuerabzugs bei Berichtigung einer Rechnung. – ³ Anpassung des aktuellen Rentenwerts in Ostdeutschland, Verbesserungen für Erwerbsgeminderte, Stärkung der Betriebsrenten, Flexirente. – ⁴ investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag von 2013 sowie zusätzliche Investitionen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsfonds und des Investitionspakets über 10 Mrd. Euro, zusätzliche Mittel für den Ausbau der Kindertagesbetreuung, zusätzliche Ausgaben für die innere und äußere Sicherheit. – ⁵ Differenzen durch Rundungsfehler. – ⁶ Digitalpakt, Fonds für den Breitbandausbau, Ausbau von Ganztagschulen, zusätzliche Mittel für die Kinderbetreuung, Erhöhung der Mittel für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz.

Quellen: Bundesregierung; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Tabelle A15
Hauptaggregate der Sektoren
Jahresergebnisse 2020
 in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapital-gesell-schaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 013,9	2 023,0	359,9	631,0	–
2	– Abschreibungen	657,8	382,4	81,9	193,5	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 356,1	1 640,6	278,0	437,5	–194,0
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 839,4	1 318,1	283,4	237,8	13,4
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	26,6	16,7	0,3	9,6	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	66,2	44,3	0,1	21,7	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	556,4	350,2	–5,6	211,9	–207,3
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 841,4	–	–	1 841,4	11,4
9	– geleistete Subventionen	69,8	–	69,8	–	5,0
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	346,5	–	346,5	–	7,1
11	– geleistete Vermögenseinkommen	614,3	574,0	21,8	18,5	187,4
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	709,2	338,1	19,1	352,0	92,4
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 769,4	114,3	268,3	2 386,8	–288,9
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	417,5	75,4	–	342,1	9,9
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	426,9	–	426,9	–	0,5
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	742,8	–	–	742,8	3,8
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	743,8	135,0	607,9	0,9	2,8
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	662,1	68,2	593,1	0,9	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	654,5	–	–	654,5	8,3
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	359,4	189,9	83,0	86,6	59,3
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	308,5	171,4	23,8	113,3	110,3
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 721,1	87,3	650,8	1 983,0	–240,6
23	– Konsumausgaben	2 460,1	–	750,8	1 709,3	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,4	–	57,4	–
25	= Sparen	261,0	29,9	–100,0	331,1	–240,6
26	– geleistete Vermögenstransfers	77,5	18,0	45,4	14,1	4,0
27	+ empfangene Vermögenstransfers	66,3	28,3	15,2	22,9	15,1
28	– Bruttoinvestitionen	678,1	362,5	92,5	223,1	–
29	+ Abschreibungen	657,8	382,4	81,9	193,5	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	0,0	0,5	–1,2	0,7	0,0
31	= Finanzierungssaldo	229,4	59,6	–139,6	309,5	–229,4
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 721,1	87,3	650,8	1 983,0	–240,6
33	– geleistete soziale Sachtransfers	474,7	–	474,7	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	474,7	–	–	474,7	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 721,1	87,3	176,1	2 457,7	–240,6
36	– Konsum ³	2 460,1	–	276,2	2 184,0	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,4	–	57,4	–
38	= Sparen	261,0	29,9	–100,0	331,1	–240,6

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt.

noch: Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2021

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapital-gesell-schaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 179,4	2 177,0	371,2	631,2	–
2	– Abschreibungen	679,1	392,3	87,2	199,6	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 500,3	1 784,7	284,0	431,7	–222,5
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 902,0	1 363,9	291,9	246,2	11,9
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	34,1	21,4	0,3	12,4	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	57,7	35,7	0,1	21,9	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	621,9	435,0	–8,1	195,0	–234,4
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 904,2	–	–	1 904,2	9,7
9	– geleistete Subventionen	70,1	–	70,1	–	5,0
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	370,1	–	370,1	–	7,1
11	– geleistete Vermögenseinkommen	638,0	602,0	19,5	16,5	167,1
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	737,9	388,1	15,0	334,8	67,2
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 925,9	221,2	287,3	2 417,5	–322,5
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	418,9	78,4	–	340,5	10,3
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	428,7	–	428,7	–	0,5
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	770,2	–	–	770,2	3,9
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	771,3	138,1	632,4	0,9	2,8
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	675,9	68,8	606,2	0,9	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	668,2	–	–	668,2	8,3
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	367,3	187,3	95,0	85,1	60,9
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	315,9	173,5	26,5	115,9	112,4
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 877,7	198,3	673,7	2 005,7	–274,2
23	– Konsumausgaben	2 500,8	–	786,8	1 714,0	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,4	–	57,4	–
25	= Sparen	376,9	140,8	–113,1	349,2	–274,2
26	– geleistete Vermögenstransfers	82,6	18,6	50,7	13,3	3,7
27	+ empfangene Vermögenstransfers	70,7	31,8	15,3	23,7	15,5
28	– Bruttoinvestitionen	781,8	463,1	93,8	224,9	–
29	+ Abschreibungen	679,1	392,3	87,2	199,6	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–0,1	0,3	–1,2	0,8	0,1
31	= Finanzierungssaldo	262,5	83,0	–153,9	333,4	–262,5
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 877,7	198,3	673,7	2 005,7	–274,2
33	– geleistete soziale Sachtransfers	501,1	–	501,1	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	501,1	–	–	501,1	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 877,7	198,3	172,6	2 506,9	–274,2
36	– Konsum ³	2 500,8	–	285,7	2 215,1	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,4	–	57,4	–
38	= Sparen	376,9	140,8	–113,1	349,2	–274,2

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2021 und 2022: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2022

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapital-gesell-schaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 356,1	2 303,0	381,2	671,9	–
2	– Abschreibungen	709,7	411,0	92,9	205,8	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 646,4	1 892,0	288,3	466,1	–169,3
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 984,5	1 427,6	299,3	257,6	10,5
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	35,2	22,1	0,3	12,8	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	29,9	18,0	0,1	11,8	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	656,6	460,2	–11,1	207,5	–179,9
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 986,7	–	–	1 986,7	8,3
9	– geleistete Subventionen	42,3	–	42,3	–	5,0
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	390,0	–	390,0	–	7,2
11	– geleistete Vermögenseinkommen	685,6	650,0	17,9	17,6	149,0
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	790,8	421,0	17,4	352,5	43,8
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 096,2	231,2	336,0	2 529,0	–274,6
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	436,0	85,6	–	350,5	10,8
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	446,4	–	446,4	–	0,4
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	817,8	–	–	817,8	4,1
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	819,0	142,7	675,4	0,9	2,8
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	675,2	69,7	604,7	0,9	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	667,3	–	–	667,3	8,5
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	370,9	183,0	97,4	90,5	62,6
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	322,1	175,6	28,1	118,4	111,4
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 051,1	211,3	783,8	2 056,1	–229,5
23	– Konsumausgaben	2 711,1	–	810,3	1 900,9	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,5	–	57,5	–
25	= Sparen	340,0	153,8	–26,5	212,7	–229,5
26	– geleistete Vermögenstransfers	88,9	25,4	49,8	13,7	3,4
27	+ empfangene Vermögenstransfers	76,1	35,0	15,9	25,3	16,2
28	– Bruttoinvestitionen	820,2	485,7	98,0	236,5	–
29	+ Abschreibungen	709,7	411,0	92,9	205,8	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	0,0	0,4	–1,2	0,8	0,0
31	= Finanzierungssaldo	216,7	88,2	–64,3	192,8	–216,7
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 051,1	211,3	783,8	2 056,1	–229,5
33	– geleistete soziale Sachtransfers	519,6	–	519,6	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	519,6	–	–	519,6	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 051,1	211,3	264,2	2 575,7	–229,5
36	– Konsum ³	2 711,1	–	290,6	2 420,5	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,5	–	57,5	–
38	= Sparen	340,0	153,8	–26,5	212,7	–229,5

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2021 und 2022: Prognose des IWH.

Tabelle A16

VGR-Tabellen

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2021 und 2022

	2020	2021	2022	2021		2022	
				1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj

1 Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	-1,1	0,4	1,3	-0,6	1,5	1,7	0,9
Arbeitsvolumen	-4,7	1,4	2,2	-0,4	3,2	4,5	0,0
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	-3,7	1,0	0,9	0,2	1,7	2,8	-0,9
Produktivität ¹	-0,2	2,2	1,4	3,5	1,1	1,3	1,5
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	-4,9	3,7	3,6	3,1	4,3	5,9	1,6

2 Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 460,1	2 500,8	2 711,1	1 171,5	1 329,2	1 324,6	1 386,5
private Haushalte ²	1 709,3	1 714,0	1 900,9	788,4	925,6	931,1	969,8
Staat	750,8	786,8	810,3	383,1	403,7	393,5	416,7
Anlageinvestitionen	735,5	769,2	811,1	361,7	407,5	389,7	421,4
Ausrüstungen	387,0	396,2	417,9	188,4	207,8	202,8	215,2
Bauten	213,9	233,5	247,5	107,0	126,4	117,7	129,8
Ausrüstungen	134,6	139,6	145,7	66,3	73,3	69,2	76,4
Vorratsveränderung ³	-57,4	12,6	9,1	12,4	0,2	10,1	-1,0
inländische Verwendung	3 138,3	3 282,6	3 531,3	1 545,6	1 737,0	1 724,4	1 806,9
Außenbeitrag	194,0	222,5	169,3	140,6	81,9	94,1	75,3
Exporte	1 460,1	1 639,4	1 747,3	801,9	837,6	861,5	885,8
Importe	1 266,1	1 417,0	1 577,9	661,3	755,7	767,4	810,5
Bruttoinlandsprodukt	3 332,2	3 505,1	3 700,7	1 686,2	1 818,9	1 818,5	1 882,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	-2,0	1,7	8,4	-2,2	5,3	13,1	4,3
private Haushalte ²	-5,4	0,3	10,9	-5,4	5,7	18,1	4,8
Staat	6,6	4,8	3,0	5,4	4,2	2,7	3,2
Anlageinvestitionen	-1,7	4,6	5,4	2,4	6,6	7,7	3,4
Bauten	3,6	2,4	5,5	-1,7	6,3	7,6	3,5
Ausrüstungen	-10,9	9,2	6,0	9,3	9,1	10,0	2,7
sonstige Anlageinvestitionen	0,4	3,7	4,4	4,2	3,2	4,4	4,3
Inländische Verwendung	-3,4	4,6	7,6	0,6	8,4	11,6	4,0
Exporte	-9,7	12,3	6,6	14,0	10,7	7,4	5,8
Importe	-10,7	11,9	11,4	6,8	16,8	16,0	7,3
Bruttoinlandsprodukt	-3,4	5,2	5,6	4,1	6,2	7,8	3,5
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:							
Außenbeitrag	5,8	6,3	4,6	8,3	4,5	5,2	4,0

3 Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 292,2	2 278,5	2 426,7	1 077,1	1 201,5	1 195,1	1 231,6
private Haushalte ²	1 614,6	1 587,1	1 730,6	733,8	853,4	850,8	879,8
Staat	676,5	689,7	696,3	341,7	347,9	344,4	352,0
Anlageinvestitionen	662,7	683,5	707,9	322,8	360,7	340,8	367,1
Bauten	330,7	333,4	343,2	159,5	173,9	167,0	176,2
Ausrüstungen	204,9	221,1	232,5	101,5	119,6	110,5	122,0
sonstige Anlageinvestitionen	124,9	127,7	131,2	60,9	66,8	62,6	68,6
inländische Verwendung	2 920,0	2 987,3	3 159,1	1 415,7	1 571,6	1 551,2	1 607,9
Exporte	1 426,4	1 580,4	1 659,7	776,5	803,8	821,5	838,2
Importe	1 274,4	1 382,0	1 522,1	648,0	734,0	742,0	780,1
Bruttoinlandsprodukt	3 073,8	3 187,6	3 303,5	1 543,0	1 644,5	1 633,4	1 670,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	-3,5	-0,6	6,5	-3,8	2,5	11,0	2,5
private Haushalte ²	-6,1	-1,7	9,0	-6,6	2,9	16,0	3,1
Staat	3,3	1,9	1,0	2,4	1,5	0,8	1,2
Anlageinvestitionen	-3,1	3,1	3,6	1,7	4,5	5,6	1,8
Bauten	1,9	0,8	3,0	-1,9	3,5	4,7	1,3
Ausrüstungen	-12,1	7,9	5,2	8,0	7,8	8,9	2,0
sonstige Anlageinvestitionen	-1,1	2,3	2,7	2,8	1,8	2,7	2,7
Inländische Verwendung	-4,2	2,3	5,8	-1,2	5,7	9,6	2,3
Exporte	-9,4	10,8	5,0	13,1	8,6	5,8	4,3
Importe	-8,5	8,4	10,1	4,0	12,7	14,5	6,3
Bruttoinlandsprodukt	-4,9	3,7	3,6	3,1	4,3	5,9	1,6

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2021 und 2022

	2020	2021	2022	2021		2022	
				1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj
4 Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100)							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
private Konsumausgaben ²	0,7	2,0	1,7	1,2	2,7	1,8	1,6
Konsumausgaben des Staates	3,2	2,8	2,0	2,9	2,7	1,9	2,0
Anlageinvestitionen	1,5	1,4	1,8	0,7	2,0	2,0	1,6
Bauten	1,7	1,5	2,5	0,3	2,8	2,8	2,2
Ausrüstungen	1,3	1,2	0,8	1,2	1,2	1,0	0,7
Exporte	-0,4	1,3	1,5	0,8	1,9	1,5	1,4
Importe	-2,4	3,2	1,1	2,7	3,6	1,3	0,9
Bruttoinlandsprodukt	1,6	1,4	1,9	1,0	1,8	1,9	1,9

5 Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 386,8	2 417,5	2 529,0	1 193,0	1 224,4	1 245,4	1 283,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	331,9	348,2	363,1	169,0	179,2	176,7	186,3
Bruttolöhne und -gehälter	1 509,4	1 555,9	1 623,6	733,3	822,6	769,1	854,5
übrige Primäreinkommen ⁴	545,4	513,3	542,3	290,7	222,6	299,5	242,8
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	382,6	508,5	567,2	197,8	310,7	265,8	301,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 769,4	2 925,9	3 096,2	1 390,8	1 535,1	1 511,2	1 585,0
Abschreibungen	657,8	679,1	709,7	337,4	341,8	352,6	357,1
Bruttonationaleinkommen	3 427,1	3 605,1	3 805,9	1 728,2	1 876,9	1 863,8	1 942,2
<i>nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	2 492,7	2 625,9	2 748,5	1 258,0	1 368,0	1 341,1	1 407,5
Arbeitnehmerentgelt	1 841,4	1 904,2	1 986,7	902,4	1 001,8	945,9	1 040,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	651,3	721,8	761,8	355,6	366,2	395,2	366,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	-1,6	1,3	4,6	0,7	1,9	4,4	4,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,4	4,9	4,3	4,6	5,2	4,6	4,0
Bruttolöhne und -gehälter	-0,8	3,1	4,4	1,8	4,3	4,9	3,9
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	-0,1	2,4	2,8	2,1	2,6	2,9	2,7
übrige Primäreinkommen ⁴	-5,7	-5,9	5,7	-3,9	-8,4	3,1	9,1
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-20,1	32,9	11,6	35,1	31,5	34,4	-3,0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	-4,6	5,7	5,8	4,5	6,7	8,7	3,2
Abschreibungen	2,8	3,2	4,5	2,5	4,0	4,5	4,5
Bruttonationaleinkommen	-3,3	5,2	5,6	4,1	6,2	7,8	3,5
<i>nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	-2,8	5,3	4,7	5,1	5,6	6,6	2,9
Arbeitnehmerentgelt	-0,2	3,4	4,3	2,3	4,5	4,8	3,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-9,3	10,8	5,6	13,0	8,7	11,1	0,1

6 Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1 530,2	1 576,9	1 610,8	757,1	819,8	772,8	837,9
Nettolöhne und -gehälter	1 017,2	1 053,1	1 087,7	494,7	558,5	513,1	574,6
monetäre Sozialleistungen	654,5	668,2	667,3	334,1	334,1	330,7	336,6
abz Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	141,5	144,4	144,3	71,7	72,7	71,0	73,3
übrige Primäreinkommen ⁴	545,4	513,3	542,3	290,7	222,6	299,5	242,8
sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-92,5	-84,5	-97,0	-40,5	-44,0	-48,0	-49,0
Verfügbares Einkommen	1 983,0	2 005,7	2 056,1	1 007,3	998,5	1 024,4	1 031,7
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	57,4	57,4	57,5	27,9	29,5	28,0	29,5
Konsumausgaben	1 709,3	1 714,0	1 900,9	788,4	925,6	931,1	969,8
Sparen	331,1	349,2	212,7	246,8	102,4	121,2	91,4
Sparquote (%) ⁶	16,2	16,9	10,1	23,8	10,0	11,5	8,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	2,6	3,1	2,1	3,2	2,9	2,1	2,2
Nettolöhne und -gehälter	-0,3	3,5	3,3	3,1	4,0	3,7	2,9
monetäre Sozialleistungen	8,0	2,1	-0,1	3,5	0,7	-1,0	0,8
abz Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	4,5	2,1	-0,1	3,5	0,8	-1,0	0,8
übrige Primäreinkommen ⁴	-5,7	-5,9	5,7	-3,9	-8,4	3,1	9,1
Verfügbares Einkommen	0,7	1,1	2,5	1,8	0,5	1,7	3,3
Konsumausgaben	-5,4	0,3	10,9	-5,4	5,7	18,1	4,8
Sparen	50,3	5,5	-39,1	34,5	-30,6	-50,9	-10,7

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2021 und 2022

	2020	2021	2022	2021		2022	
				1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj
7 Einnahmen und Ausgaben des Staates⁷							
a) Mrd. EUR							
Einnahmen							
Steuern	773,4	798,8	836,4	384,3	414,5	409,2	427,1
Nettosozialbeiträge	607,9	632,4	675,4	305,5	326,9	327,4	348,1
Vermögenseinkommen	19,1	15,0	17,4	7,6	7,4	10,0	7,3
sonstige Transfers	23,8	26,5	28,1	11,7	14,8	13,0	15,1
Vermögenstransfers	15,2	15,3	15,9	7,2	8,1	7,5	8,4
Verkäufe	123,5	127,0	133,5	58,4	68,6	61,3	72,3
sonstige Subventionen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 563,0	1 615,0	1 706,7	774,7	840,3	828,4	878,3
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	514,8	542,9	562,9	261,7	281,2	270,1	292,8
Arbeitnehmerentgelt	283,4	291,9	299,3	140,3	151,6	143,9	155,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	21,8	19,5	17,9	10,3	9,2	9,4	8,5
Subventionen	69,8	70,1	42,3	44,2	25,9	19,9	22,3
monetäre Sozialleistungen	593,1	606,2	604,7	303,2	303,0	299,5	305,2
sonstige laufende Transfers	83,0	95,0	97,4	46,4	48,6	47,6	49,8
Vermögenstransfers	45,4	50,7	49,8	19,7	31,0	19,6	30,3
Bruttoinvestitionen	92,5	93,8	98,0	41,1	52,7	42,8	55,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,2	-1,2	-1,2	-0,5	-0,7	-0,5	-0,7
Insgesamt	1 702,6	1 768,9	1 771,0	866,4	902,5	852,3	918,7
Finanzierungssaldo	-139,6	-153,9	-64,3	-91,7	-62,2	-23,9	-40,4

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	-6,5	3,3	4,7	-1,0	7,6	6,5	3,0
Nettosozialbeiträge	1,7	4,0	6,8	3,5	4,5	7,2	6,5
Vermögenseinkommen	-13,1	-21,6	16,1	-34,3	-2,4	32,4	-0,6
sonstige Transfers	-5,3	11,2	5,8	4,7	17,1	10,4	2,2
Vermögenstransfers	10,4	0,4	4,0	2,4	-1,3	4,4	3,7
Verkäufe	-1,1	2,8	5,2	0,7	4,7	5,0	5,3
sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	-3,0	3,3	5,7	0,5	6,1	6,9	4,5
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	6,6	5,5	3,7	5,8	5,2	3,2	4,1
Arbeitnehmerentgelt	4,4	3,0	2,5	3,0	3,0	2,5	2,5
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-20,7	-10,5	-8,0	-11,0	-10,0	-8,5	-7,5
Subventionen	126,6	0,4	-39,7	11,5	-14,1	-54,9	-13,8
monetäre Sozialleistungen	8,7	2,2	-0,2	3,8	0,7	-1,2	0,7
sonstige laufende Transfers	12,0	14,5	2,5	15,4	13,6	2,6	2,5
Vermögenstransfers	10,7	11,6	-1,6	13,2	10,7	-0,4	-2,4
Bruttoinvestitionen	7,4	1,4	4,4	0,2	2,4	4,1	4,7
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	9,3	3,9	0,1	5,0	2,9	-1,6	1,8
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:							
Finanzierungssaldo des Staates	-4,2	-4,4	-1,7	-5,4	-3,4	-1,3	-2,1

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen⁴ Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche)⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2021: Prognose des IWH.



Impressum

Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.
Professor Dr. Oliver Holtemöller
Professor Michael Koetter, Ph.D.
Professor Dr. Steffen Müller

Redaktion:

Stefanie Müller-Dreißigacker, M. A.
Layout und Satz: Franziska Exß, Ingrid Dede
Tel +49 345 7753 720
Fax +49 345 7753 718
E-Mail: Stefanie.Mueller@iwh-halle.de

Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820
www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,
Beleg erbeten.

Titelbild: © Sam Moqadam, www.unsplash.com
Konjunktur aktuell, 9. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 11. März 2021
ISSN 2195-8319